Landsleute, helft Bezieher für das „Ostland“ werben! „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein“!

Ostland

Wochenschrift für die gesamte Ostmark

Herausgegeben von E. Ginschel u. Dr. Franz Lüdtke in Berlin. Verlag Deutscher Ostbund E.V., Bln.-Charlottenburg 2

Erscheint wöchentl. einmal. **Bezug:** Durch die Post vierteljährl. 1.50 M. **Einzelnummer** 20 Pf. u. 5 Pf. Postgebühr. **Anzeigenpreis:** Für jeden Millimeter Höhe der 6gespalt. Zeile 30 Pf., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 Pf., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Textbreite 1.20 M

Nr. 9. | Berlin, 27. Februar 1931. | 12. Jahrg.

Stand der Schlußentschädigung.

Seit der Auflösung des Reichsentschädigungsamts für Kriegsschäden am 31. März v. J. **bis zum 1. Februar d. J.** hat die Restverwaltung für Reichsaufgaben insgesamt **2648** Schlußentschädigungsbescheide mit **56 070 654 RM.** festgesetzt.

Hiervon entfallen auf Sachschäden 1623 Fälle mit 48 167 098 RM., auf Wertpapierschäden 1025 Fälle mit 7 903 556 RM. (Hierbei kommen nur im Auslande liquidierte Wertpapiere in Betracht. Die „Ostland“-Schriftltg.)

Von der Gesamtzahl der Schlußentschädigungsbescheide betrafen a) **1837** mit **3 452 022 RM.** Fälle mit einem Schadensgrundbetrag bis 20 000 M., b) **811** mit **52 618 632 RM.** Fälle mit einem Schadensgrundbetrag über 20 000 M. Im Falle zu a) handelte es sich um 1078 Sachschadensbescheide mit 2 562 885 RM. und um 759 Bescheide, Wertpapierschäden betreffend, mit 889 137 Reichsmark. Im Falle zu b) wurden 545 Sachschadensbescheide mit 45 604 213 RM. festgesetzt, während 266 Bescheide mit 7 014 419 RM. Wertpapierschäden betrafen.

Die Sachschadensfälle und Entschädigungssummen verteilen sich auf die Schadensgebiete wie folgt:

	Ausland	Grenzland Ost u. Nord	Grenzl. West (Els.-Lothr.)	Schutzgebiete
a) Schadensgrundbetr. bis 20000 M.	681 Fälle 1730271 M.	212 Fälle 484323 M.	130 Fälle 256506 M.	55 Fälle 91785 M.
b) Schadensgrundbetr. über 20000 M.	370 Fälle 40085642 M.	108 Fälle 2736671 M.	51 Fälle 2586600 M.	16 Fälle 195300 M.

In dem eingangs erwähnten Zeitraum sind ferner **6071** Anträge auf Bewilligung von **Beihilfen aus dem Härtefonds** bearbeitet worden. Die Zahl der Bewilligungen betrug **1351.** Gezahlt wurden insgesamt **4 224 980 RM.** Es entfielen davon auf

Ausland 156 Bewilligungen mit . . . . . 711479 RM.
Grenzland-Ost und -Nord 903 Bew. mit 3155332 „
Grenzland-West (Elf.-Lothr.) 259 Bew. mit 307456 „
Schutzgebiete 33 Bewilligungen mit . . . 50713 „

Die Ostdeutsche Rundfunkwoche,

die wir bereits in der vorletzten Nummer angekündigt haben, wird vom Deutschlandsender in Berlin unter Beteiligung der ostdeutschen Sender in der Zeit vom 9. bis 14. März d. J. veranstaltet. Im Laufe des Nachmittags oder Abends werden an jedem Tage ein bis zwei Stunden ostdeutschen Fragen gewidmet. Der von uns bereits angekündigte Vortrag des Herrn Reichskanzlers Dr. Brüning wird bestimmt stattfinden, doch steht es noch nicht fest, ob er die Vortragsreihe eröffnen wird, oder ob der Kanzler erst in den Tagen darauf den Rundfunkvortrag halten kann. Im Rahmen der Ostdeutschen Funkwoche wird Bundespräsident Ginschel Sonnabend den 14. März abends 8 Uhr über das Thema „Die kulturelle Lage der deutschen Minderheit im abgetretenen Ostgebiet“ sprechen. — Ostpreußen wird ein besonderer Abend gewidmet sein, ebenso Westpreußen in Gestalt eines „Weichsel-Abends“. Die Grenzmark Posen-Westpreußen wird ebenso zu ihrem Recht kommen wie Schlesien. Dem 700jährigen Bestehen der Stadt Thorn wird ein Thorner Abend gewidmet sein.

Der 10jährigen Wiederkehr des deutschen Abstimmungssieges in Oberschlesien wird der Rundfunk gerecht werden durch Übertragung einer großen Feier, die am 20. März in Berlin stattfindet, sowie festlicher Veranstaltungen, die seitens der Behörden und der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier in Oberschlesien und anderwärts zur Feier dieses Tages in die Wege geleitet werden und an denen sich die Ortsgruppen des Deutschen Ostbundes vielfach beteiligen.

Ein Posener Abend

wird im Rahmen der Ostdeutschen Rundfunkwoche auch das so viel verkannte und vernachlässigte Posener Land zu Ehren bringen. Dieser Posener Abend wird vom Deutschen Ostbund veranstaltet und vom Deutschlandsender übertragen. Er findet Mittwoch den 11. März, abends von 8 Uhr ab im „Bürgersaal“ des Rathauses Friedenau (Lauterstraße) statt und wird sich durch die Mitwirkung berühmter Posener Landsleute, deren klangvolle Namen sicher große Anziehungskraft auch auf alle nichtostmärkischen Rundfunkhörer ausüben werden, auszeichnen. So wird nach einleitenden Begrüßungsworten des Herrn Bundespräsidenten Ginschel Herr Universitätsprofessor Otto Hoetzsch-Berlin, der früher Dozent für Geschichte an der Akademie in Posen war und erste Autorität in allen ostdeutschen und osteuropäischen Fragen ist, in einem Vortrage über „Die Zugehörigkeit des Posener Landes zum deutschen Kulturkreise“ sprechen, während Universitätsprofessor Exz. von Wilamowitz-Möllendorff, ein Gelehrter von Weltruf, sich zu seiner Kujawischen Heimat und damit zum Posener Lande in einem Vortrage bekennen wird, in dem er Jugenderinnerungen an seine ostmärkische Heimat erzählen wird. Wer seine Lebenserinnerungen gelesen hat, in denen er in ganz ungewöhnlich fesselnder Weise von seiner Jugend erzählt, schildernd, wie es vor 70 und 80 Jahren in seiner kujawischen Heimat aussah, wird diesem Vortrag mit besonderem Interesse entgegensehen. Außerdem wird Professor Dr. h. c. Hugo Vogel, der berühmte Kunstmaler, Hindenburg als Sohn des Posener Landes und als Schützer der Ostmark feiern und Ernstes und Heiteres erzählen aus Deutschlands größter Notzeit, in der Professor Vogel im Hindenburgschen Hauptquartier weilte, insbesondere an den Tagen des Tannenberg-Sieges, der Masurenschlacht usw., dabei

Hindenburg charakterisierend. **Clara Viebig**, die geniale Darstellerin ostdeutschen Lebens, wird aus eigenen Werken vorlesen, und zwar wird sie die Erzählung „Jaschu", ein Kabinettstück intimer und anschaulicher Milieuschilderung aus dem deutsch-polnischen Leben der Provinz Posen vortragen. Neben ihr tritt als bekannter Repräsentant des Posener Schrifttums Herr **Dr. Franz Lüdtke**, mit dem zugleich seine Vaterstadt **Bromberg** zur Geltung kommt, auf, der aus eigenen Dichtungen vorlesen und die tragische Zeit des polnischen Umsturzes vor das geistige Auge der Vertriebenen zaubern wird. Chor- und Sologesänge — die Chorgesänge werden wieder ausgeführt vom Berliner Sängerverein **Caecilia-Melodia** — sowie weitere Rezitationen werden die Ansprachen umrahmen. Sie werden den Schönheiten des Posener Landes und der Tragik seines Schicksals gewidmet sein, die Treue der Deutschen des Posener Landes an ihre alte Heimat in ergreifender Weise zum Ausdruck bringen und das Posener Land als die segensvolle Schöpfung deutscher Arbeit und deutscher Kultur erscheinen lassen.

Laut wollen wir künden von Posens deutscher Vergangenheit, von dem Recht der Deutschen auf dieses Land und von den Segnungen seiner deutschen Kultur; stolz wollen wir uns bekennen zur alten Posener Heimat. Kein Posener sollte sich davon ausschließen. Darum, Deutsche aus der Provinz Posen, erscheint in Massen zu dieser Posener Kundgebung!

Der **Eintrittspreis** beträgt 2 M., für Mitglieder des Deutschen Ostbundes 1 M. Eintrittskarten sind vom Deutschen Ostbund, Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43, zu beziehen, seitens der Mitglieder durch die Ortsgruppen. Es empfiehlt sich, Bestellungen schleunigst aufzugeben, da Karten nur ausgegeben werden, so lange der Vorrat reicht.

Die Ostausstellung des Deutschen Ostbundes.

Eröffnung der Ausstellung im Rahmen einer Ostdeutschen Woche in Wittenberg.

In seinem unausgesetzten Bestreben, die binnendeutsche Bevölkerung mit der Geschichte, der Not und der Bedeutung des Ostens, sowie mit der Größe des Verlustes, den das ganze Vaterland durch die Losreißung großer ostdeutscher Gebiete erlitten hat, bekannt zu machen, hat sich der Deutsche Ostbund das Ziel gesetzt, neben Kundgebungen, Vorträgen und unermüdlicher publizistischer Arbeit durch eine große **Wanderausstellung über den deutschen Osten** den weitesten Kreisen einen genaueren Einblick in die Verhältnisse zu bieten. Wer sich durch Landkarten, graphische Tabellen, Bilder und Gegenstände aller Art selbst von der Not des Ostens von der Tragik der Grenzziehung mit der 14maligen Zerstückelung unserer Ostprovinzen, von der Eigenart des Ostens in Stadt und Land, von seiner Kultur und den Werken, die unsere Väter im Osten geschaffen haben, überzeugen kann, wird davon in weit höherem Maße dauernd beeinflußt werden, als durch noch so gut geschriebene Artikel oder noch so gute Vorträge, und er wird, wenn er künftig Darlegungen über den Osten hört oder liest, diesen dann ein viel größeres Interesse und Verständnis entgegenbringen, weil die Bilder, die er durch eine solche Ausstellung gewonnen hat, in seiner Phantasie dabei mitschwingen. Alles erscheint ihm dadurch lebendiger und greifbarer; vor allem aber löst ein solcher Anschauungsunterricht die Empörung über das dem Osten angetane Unrecht aus und erweckt und stählt so den Willen, sich an dem Kampf gegen dieses Unrecht und an der Beseitigung der unhaltbaren Zustände zu beteiligen.

Schon mit unserer letzten **Berliner Hauptversammlung** sowie mit der **Hamburger Bundestagung** konnte die Kulturabteilung des Deutschen Ostbundes einen solchen Anschauungsunterricht verbinden. Freilich vermochte sie bei diesen Gelegenheiten nur einen ganz kleinen Teil des damals schon vorhandenen Materials auszustellen, weil nur ein Raum zu diesem Zwecke zur Verfügung stand. Inzwischen hat unser Kulturwart, Herr **Dr. Thiele**, in Zusammenarbeit mit Herrn **Dr. Lüdtke** ein Material von einer solchen Reichhaltigkeit, Fülle und Eindrucksfähigkeit zusammengetragen, daß es geradezu überwältigend wirkt. In etwa 50 Kisten wurde dieses Material nach **Wittenberg** befördert, wo unsere rührige Ortsgruppe im Verein mit den städtischen und sonstigen Behörden es mit anerkennenswertem Mut übernommen hatte, eine **Ostdeutsche Woche** zu veranstalten und in ihrem Rahmen zum erstenmal die **Ostbund-Ausstellung** der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Im Verein mit Herrn Dr. Thiele, der an Ort und Stelle die Ausstellung aufgebaut hat, ist es dem Vorstand unserer Wittenberger Ortsgruppe, insbesondere ihrem tatkräftigen Vorsitzenden, Herrn Kaufmann **Buchmann**, und Herrn Stadtrat a. D. **Hosche** gelungen, der Ausstellung zu einem glänzenden Erfolg zu verhelfen. Sie ist Tag für Tag so **überaus zahlreich besucht**, daß alle Räume fast fortgesetzt geradezu überfüllt sind. Schon vor der Eröffnung waren 3500 Schulkinder zum Besuch angemeldet. Ihre Zahl hat sich inzwischen bedeutend erhöht, nachdem durch die Wittenberger Zeitungen die Ausstellung in glänzender Weise besprochen worden ist. Ebenso war der Besuch aus den Kreisen der Erwachsenen am Eröffnungstage geradezu überwältigend, und er hat bisher Tag für Tag angehalten. Es ist noch besonders dankbar anzuerkennen, daß am **Sonntag von den Kanzeln der Kirchen herab auf die Bedeutung der Ostdeutschen Woche und den Wert der Ostbund-Ausstellung hingewiesen** worden ist.

Für die Ausstellung hatte die Stadt **vier Säle in dem ihr jetzt gehörigen, früher kurfürstlichen Schloß** eingeräumt. Der 1. Saal veranschaulichte in eindrucksvoller Weise **die Ostnot**: Die Unmöglichkeit der Grenze, die Schaffung des Korridors, die Losreißung Danzigs usw. mit all ihren verheerenden Folgen. Wer einmal die Karten gesehen hat, die die Zerreißung des gesamten östlichen Verkehrsnetzes veranschaulichen sowie die sonstigen unhaltbaren Verhältnisse, die die Grenzziehung namentlich in der Grenzmark Posen-Westpreußen oder in Ostpreußen geschaffen hat, oder die Gefahrenlage Ostpreußens und Schlesiens charakterisieren, wer die Bilder gesehen hat, die darstellen, was uns in Oberschlesien geraubt und was uns verblieben ist, wer die Pläne betrachtet, die veranschaulichen, wie Polen sich die Lösung der ostpreußischen Frage — nämlich durch Einverleibung Ostpreußens in Polen — denkt, oder wer sich der Karte erinnert, die den tschechischen Vorschlag zur weiteren Aufteilung Deutschlands darstellt, der wird diese Eindrücke niemals vergessen und wird ein für allemal von der ungeheuren Gefahr überzeugt sein, die den Osten und damit das Vaterland bedroht. In einem weiteren Saal werden dann **Land und Leute** der sechs Ostprovinzen durch Hunderte von Photographien, Ölgemälden, Radierungen, Zeichnungen sowie durch eine Fülle von anderem Anschauungsmaterial dargestellt. In einem anderen Saal sehen wir **Wirtschaft, Kunst und sonstige Kultur des Ostens** durch überaus interessante Gegenstände, Bilder, Originale und Reproduktionen, stichprobenartig dargestellt. Neben Bildern, die den schönen Osten in allen seinen Teilen, seine Menschen und seine Landschaft darstellen, entzücken Proben schlesischer Holzbildkunst und berühmter ostdeutscher keramischer Werkstätten, eigenartige Webereien aus Schlesien und Ostpreußen und vieles andere das Auge. In einem 4. Saal sind **Industrie und Bergbau Oberschlesiens** dargestellt, und schließlich begegnen wir einer kleinen, aber sehr interessanten **Ausstellung des Wittenberger Kolonial-Jugendbundes**, die hauptsächlich einem Jungostmärker — dem Sohn des Herrn Stadtrats a. D. **Hosche** — zu danken ist. Daneben gibt es natürlich zahllose interessante Dinge, die als Füllmaterial anzusehen sind, wie **deutsche und polnische Aufrufe** aus der polnischen Revolution von 1848, aus dem Weltkriege, aus der Zeit der Grenzschutzkämpfe, dem letzten polnischen Umsturz, der Volksbewegung usw. Für heute wollen wir es bei diesem summarischen Überblick bewenden lassen. Ein näheres Eingehen auf die Ausstellung behalten wir uns vor.

*

Die **Eröffnung der Ausstellung** in Wittenberg gestaltete sich geradezu zu einem Ereignis. Die Wittenberger Zeitungen widmeten ihr lange Artikel und ganze Beilagen. Die Zusagen der Eingeladenen gingen in so großer Zahl ein, daß man die Eröffnungsfeier aus dem größten Ausstellungssaal, in dem sie ursprünglich stattfinden sollte, nach dem größeren Saal im benachbarten Schloßgarten verlegen mußte. Hier fanden sich neben den Ostbundmitgliedern Gäste aus allen Kreisen der Bürgerschaft in so großer Zahl ein, daß der gewaltige Raum sehr bald gefüllt war.

Der Vorsitzende der Ostbund-Ortsgruppe Wittenberg, Herr **Buchmann**, konnte darum in seiner Begrüßungsansprache mit Recht und Stolz der Freude an dem gelungenen Auftakt der Wittenberger Ostbund-Woche Ausdruck geben. Er sang dann ein Loblied auf den verkannten Osten, wies auf seine Schönheiten und seinen durch deutsche Arbeit geschaffenen Wert hin, dankte allen, die zum Gelingen des Werkes beigetragen haben und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die Bewohner von Stadt und Land auch den weiteren Veranstaltungen der Ostbund-Woche gleiches Interesse entgegenbringen möchten.

Herr Oberbürgermeister **Wurm**, der das Unternehmen von Anfang an mit größtem Verständnis und warmem Herzen gefördert und dem das großzügige Gelingen daher mitzuverdanken ist, begrüßte in sehr warmen Worten die Festversammlung, den Deutschen Ostbund und Herrn Bundespräsidenten **Ginschel** zugleich im Namen des an Grippe erkrankten Herrn Landrats **von Trebra**, dessen Gattin und Tochter erschienen waren. „Im Wittenberger Schloß, dem ehemaligen Wohnsitz Friedrichs des Weisen," so fuhr er fort, „haben in den letzten 10 Jahren manche festliche Veranstaltungen und Ausstellungen stattgefunden, aber keine, die eine so **hohe nationalpolitische Bedeutung** gehabt hätte wie die Ausstellung des Deutschen Ostbundes. Darum haben sich die Leiter der Stadt und des Landkreises gern an die Spitze des Ehrenausschusses gestellt. Die Ausstellung wird für sich selbst reden und in den einzelnen Abteilungen darlegen, daß der Aufruf zum Schutze der Ostmark berechtigt ist. Jeder wird erkennen, daß hier deutsches Land auf dem Spiele steht." Mit einem nochmaligen Dank an den Deutschen Ostbund für dieses große Unternehmen und mit dem Wunsch auf eine bessere Zukunft für den deutschen Osten in einem großen geeinten Vaterland schloß Oberbürgermeister **Wurm** seine Ansprache.

Bundespräsident **Ginschel** überbrachte die Grüße der Bundesleitung, dankte Herrn Oberbürgermeister **Wurm** und Herrn Landrat **von Trebra** sowie allen Mitgliedern des Ehrenausschusses und der Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes für die Mitwirkung in der Ausstellung, die einen so ergreifenden Eindruck mache und die an Herz und Verstand der Binnendeutschen appelliere und ihnen das Auge für die Bedeutung des harten ehernen Ringens um den Osten öffnen solle. Packend wies er auf das tausendjährige Ringen zwischen Deutschtum und Polentum im Osten hin, auf die Arbeit, die das

Deutschtum in diesen tausend Jahren im Osten geleistet hat, auf die Tragik der jüngsten Grenzziehung und auf die Notwendigkeit, den Osten zu schützen vor slawischer Raubgier und vor wirtschaftlichem und kulturellem Verfall, der eine polnische Zuwanderung und Polonisierung zur Folge haben würde. Es müsse darum der bisherigen Ostwestwanderung eine Westostwanderung folgen, eine großzügige Ostsiedlung durchgeführt, das alte Kolonisationswerk im Osten mit allen Mitteln gehalten und ausgebaut, die friedliche Zurückgewinnung der uns entrissenen Gebiete unausgesetzt betrieben werden. Seine Ausführungen, die bei aller Kürze ein packendes Bild von der Bedeutung der Ostfragen gaben, wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Stehend sang die Festversammlung das Deutschlandlied.

Es folgte dann durch Herrn Dr. Thiele eine Führung durch die Ausstellung, bei der die Besucher immer wieder ihre tiefe Ergriffenheit und ihre Überraschung über das Gesehene zum Ausdruck brachten.

Ein gemeinsames Essen vereinte die Mitglieder des Ehrenausschusses und eine Anzahl der geladenen Gäste später im „Goldenen Adler“. Wiederum begrüßte hier Herr Oberbürgermeister Wurm in herzlichen Worten namens der alten Lutherstadt Wittenberg die Gäste, wieder betonte er in ernsten und launigen Worten die Bedeutung der Ostfragen und der eben eröffneten Ausstellung, und wieder gab er unter besonderer Anerkennung der von Herrn Dr. Thiele geleisteten Arbeit dem Wunsch Ausdruck, daß die Wirkung der Ausstellung weiterhin ausstrahlen möge in die Herzen aller Besucher, um sie für den Osten zu erwärmen.

Oberregierungsrat Schlenther, der Vorsitzende der Ortsgruppe Weißenfels a. d. S., gab namens des Vorstandes des Landesverbandes des Deutschen Ostbundes für Sachsen-Anhalt seiner Befriedigung über das gute Gelingen der Ausstellung Ausdruck, betonte die dringende Notwendigkeit der Aufklärung der binnendeutschen Bevölkerung über die Ostfragen, dankte für alle Unterstützung der Arbeit des Ostbundes und brachte einen Trinkspruch auf das Blühen und Gedeihen der Stadt Wittenberg aus.

Superintendent Professor Meichßner hob in einer packenden Ansprache auch als Vertreter der Kirche die gewaltige Bedeutung der Ostfragen hervor. Der Gedanke, daß es eiserne Notwendigkeit sei, den Osten zu schützen, zu retten und zu befreien, müsse allen Herzen wieder eingehämmert werden, damit es nicht etwa wieder dahin kommt, daß Wittenberg wieder einmal eine Stadt dicht an der polnischen Grenze werde.

Auch Studiendirektor Dr. Heubener, der Vorsitzende der Ortsgruppe Wittenberg des V. D. A., betonte in einer packenden Tischrede die überragende Bedeutung der Ostfragen für das gesamte deutsche Volkstum. Er begrüßte es, daß auch der Deutsche Ostbund unter der Jugend für die Ostidee werbe und aufkläre, betonte, wie es notwendig sei, auch im Geschichtsunterricht diese Aufgabe ständig zu betonen. Der Deutsche Ostbund erfülle eine nationale Mission an der Jugend, wenn er ihm durch ein Material, wie es in so überzeugender Fülle die Ausstellung zeigt, die Entscheidung vermittle.

Bundespräsident Ginschel dankte herzlich für die wahrhaft erhebenden Worte der Vorredner und für die ganze Art, wie der Ostbund und seine Arbeit in Wittenberg aufgenommen sei. Er warf noch einige Schlaglichter auf die Not und die Bedeutung des Ostens und trank auf das Blühen und Gedeihen der Stadt Wittenberg und auf das Wohl ihres hochverdienten Oberbürgermeisters Wurm.

*

Die Wittenberger Zeitungen betonen in spaltenlangen Berichten den tiefen Eindruck und den guten Verlauf. Die „Wittenberger Zeitung“ (Nr. 45) spricht von einer „großen Veranstaltung“ und einer „gehaltvollen Feier“ und besagt am Schluß ihres sehr eingehenden Berichtes: „Wie der erste Tag gezeigt hat, hat die Arbeit des Deutschen Ostbundes von allen Seiten großen Beifall gefunden... Wittenberg kann stolz und dankbar sein, daß in seinen Mauern eine derartige Ausstellung stattfindet.“

Deutschland und Polen.

12 Thesen zur Revisionspolitik. Von Staatssekretär z. D. W. Frhr. v. Rheinbaben.

In der nächsten Ausgabe der „Europäischen Gespräche“ veröffentlicht der Verfasser folgende 12 Thesen mit dort abgedruckter eingehender Begründung.

Es sei mir gestattet, hier einmal einen Versuch zur zusammenfassenden Darstellung des Wesentlichen und Grundsätzlichen im schwelenden Feuer zwischen Deutschland und Polen in einer Form zu machen, die, wie ich hoffe, wirksamer und einprägsamer sein soll als vieles andere, was im Tageskampf und Parteienstreit über die entscheidende deutsche Zukunftsaufgabe im Osten bisher zu meiner Kenntnis gekommen ist. Woran mir vor allem liegt, ist der Wunsch, die Notwendigkeit einer deutschen, durch Initiative, Zähigkeit und Systematik ausgezeichneten Gegenwirkung zu erhärten und für das unverrückbar vor uns liegende Ziel der Revision ein größeres Maß von Klarheit und Wahrheit mitschaffen zu helfen, als es bisher zu Deutschlands schwerem Nachteil vorhanden ist.

1. „Deutschland und das Deutschtum sind im Osten durch die Grenzziehungen von Versailles und Genf um Jahrhunderte zurückgeworfen. Kein konsolidiertes Deutschland wird sich jemals mit den heutigen Grenzen abfinden. Die Voraussetzung des Revisionsartikels 19 des Völkerbundpaktes („Nachprüfung ... solcher internationaler Verhältnisse, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte“) ist solange gegeben, als Deutschland nicht, ebenso wie im Westen, freiwillig, d. h. durch einen neuen Akt internationaler Politik, die Grenze im Osten anerkennt. Dementsprechend kommt ohne Grenzrevision auch niemals die Zustimmung Deutschlands zu einer politischen europäischen Organisation in Frage.“

2. „Die systematische Verdrängung von über 800000 Deutschen aus den geraubten Gebieten seit 1919 ist eine nicht zu vergessende brutale Ausnutzung der zeitweisen Schwäche des Reiches. Eine äußerst geschickte, ja raffinierte, polnische Propaganda im Ausland stellt diesen Prozeß im Einklang mit der durch den polnischen Außenminister geprägten Formel fälschlicherweise als „normale Entdeutschung“ dar. Die deutsche Gegenwirkung gegen diese internationale Fälschung hat bisher weitgehend versagt.“

3. „Die deutsche Politik handelte richtig, wenn sie in den abgelaufenen Jahren trotz der starken tatsächlichen und gefühlsmäßigen Widerstände den Versuch machte, zu einem Lebensverhältnis mit Polen zu kommen. Dieser Versuch war allerdings unter den Deutschland zugemuteten Opfern überhaupt nur dann zu verantworten, wenn die Forderung auf Revision nicht nur innerlich vorhanden war, sondern auch deutlich international zum Ausdruck gebracht wurde. Es hat sich bei dem bisherigen Versuch einer solchen Politik herausgestellt, daß sie für das deutsche Volk zu schwer begreiflich war und nach außen in der bisherigen Form schädlich wirkte. Eine grundsätzliche Neuorientierung ist notwendig.“

4. „Die preußische Minderheitenschutzpolitik hat sich als richtig erwiesen. Sie sollte auf die Reichsgesetzgebung ausgedehnt werden. Die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung solcher Gesetze ist rücksichtsloses Vorgehen gegen den schon bisher festgestellten polnischen Versuch, die gewonnenen Rechte und Freiheiten zur Hetze gegen das Deutschtum auszunutzen.“

5. „Die polnische Außenpolitik handelte von ihrem Standpunkt aus klug, wenn sie sich als Vorposten der europäischen Zivilisation gegen den Bolschewismus und als begeistertes friedensfreundliches Mitglied des Völkerbundes einkleidete. Folgerichtig ist sie nach offenkundig und einwandfrei begangenem Unrecht bei den letzten Wahlen zu einer Taktik des elastischen Zurückweichens übergegangen, um in Genf den unvermeidlich gewordenen deutschen Gegenstoß aufzufangen. Das Ziel, das Deutschtum in den geraubten Gebieten völlig zu vernichten und Danzig zu polonisieren, bleibt unverändert.“

6. „Deutscher Minderheitenschutz und die Revision der Ostgrenzen können in Genf nicht nebeneinander vertreten werden.“

7. „Die Berechtigung der deutschen Grenzrevisionsforderung leitet sich sowohl aus dem natürlichen „Kampf gegen Versailles“ und den Imponderabilien des historischen Ringens „Deutschtum gegen Polentum“ her, wie aus dem elementaren Wunsch jedes großen Volkes, in einem zusammenhängenden souveränen Staat zu leben. Die Grenzrevision ist also mindestens ebenso sehr ein inneres, wie ein äußeres Problem. Eine Sanierung des Ostens ist auf die Dauer ohne Grenzrevision undenkbar. Die bisher und in Zukunft notwendigen Staatssubventionen sind tatsächlich Milliardenzusatzleistungen zu dem allgemeinen Kriegstribut.“

8. „Die systematische Verletzung des im Minderheitenschutzvertrage vom 28. Januar 1919 Polen auferlegten Servitutes sowie der gegen 1919 erheblich veränderte Stand der internationalen Erforschung der Kriegsursachen ergeben auch formal-rechtliche Gründe für die deutsche Forderung auf Grenzrevision.“

9. „Die Anzahl der Menschen deutschen Volkstums, die weiterhin in dem für eine Grenzrevision in Betracht kommenden Territorium leben, ist für die deutsche Revisionsforderung nicht wesentlich. Trotzdem muß selbstverständlich aus höchsten Gründen zur Erhaltung deutschen Volkstums, deutscher Sprache und Kultur der Minderheitenschutz eine der wichtigsten Aufgaben der deutschen Außenpolitik sein.“

10. „Nicht nur Polen, sondern auch die Zeit arbeitet gegen Deutschland. Wenn wir noch lange warten, wird Danzig dem polnischen Druck erliegen und Polen durch innere Methoden (Verwaltung, Agrarreform, Steuern, Justiz, Polizei) das Deutschtum bis auf kärgliche Reste vernichten. Das Jahr 1937 bedeutet das Ende der Wirksamkeit der Genfer Konvention über Oberschlesien. Es muß also auch aus diesem Grunde dort vorher eine neue internationale Regelung erwirkt werden.“

11. „Eine Revision der Ostgrenzen wird niemals in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen möglich sein. Sie muß im Rahmen einer neuen internationalen Aktion gefordert werden, deren Zeitpunkt von der Entwicklung abhängt. Ein zeitweiliges Schweigen über diese deutsche Forderung ist schon deshalb nutzlos, weil im Grunde die nationalbewußten Siegerstaaten eine solche Forderung für ganz selbstverständlich halten und ihrer eigenen Mentalität nach halten müssen.“

12. „In der internationalen Entwicklung unserer Epoche ist eine starke Tendenz vorhanden, Wirtschafts- und Finanzfragen, Rüstungs- und Grenzfragen unter der zusammenfassenden Formel „Organisation des europäischen Friedens“ zu betrachten.“

Ausschaltung der nationalen Minderheiten durch Verwaltungsreform in Polen.

Die Warschauer Regierung beschäftigt sich seit Jahren mit den *Vorarbeiten für eine Neueinteilung der Verwaltungsbezirke.* Die Arbeiten sind jetzt so weit gediehen, daß — wenigstens in großen Zügen — das Ziel dieser geplanten Reform erkannt werden kann. Es entspricht in seiner politischen Grundtendenz den Vorschlägen, die von maßgebenden Kreisen im Laufe der letzten Jahre schon wiederholt gemacht worden sind. Das Ziel ist, eine Einteilung der Verwaltungsbezirke herbeizuführen, die „den bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsverhältnissen besser angepaßt ist“ und „*vor allem die noch bis heute de facto bestehenden Grenzen der früheren Teilgebiete endgültig zu verwischen*“. Anpassung an die Verhältnisse und Verwischung der Teilgebietsgrenzen — das sind zwei Dinge, die in vieler Hinsicht miteinander unvereinbar sind; denn durch die heute noch bestehenden alten Teilgebietsgrenzen werden Gebiete verwaltungstechnisch voneinander getrennt, die hinsichtlich ihrer Gesellschafts- und Wirtschaftsstruktur scharf voneinander unterschieden sind. Wenn diese Grenzen nun aufgehoben werden derart, daß z. B. einige kongreßpolnische Kreise der Wojewodschaft Pommerellen zugeteilt werden, dann werden Gebiete so verschiedenen Kultur- und Wirtschaftsniveaus miteinander verbunden, daß das angebliche Ziel einer Verwaltungsvereinfachung damit unmöglich erreicht werden kann. Eine Nationalisierung der Verwaltung ist aber auch gar nicht das Hauptziel der geplanten Reform. Diese verfolgt *eine unverkennbar nationalpolitische Tendenz: die alten Teilgebietsgrenzen sollen verwischt werden.* Die ehemalige deutsch-russische Grenze, die zweifellos eine der schärfsten Kulturscheiden Europas darstellt, und die auch heute noch, nach einem reichlichen Jahrzehnt intensiver polnischer Angleichungsarbeit, als deutliche Trennungslinie zwischen zwei Kulturen und Wirtschaftsformen fortbesteht, soll ausgelöscht werden. So sagt Julian *Suski*, Ministerialrat im Warschauer Innenministerium, in seiner kürzlich erschienenen Schrift „Die Verwaltungseinteilung der Republik Polen“, daß die Beibehaltung der alten Staatsgrenzen als Wojewodschaftsgrenzen, „in den Gemütern weiterhin zu einer Gliederung Polens in „Teilgebiete“ führt, obwohl eine solche Gliederung nicht auf wesentliche regionale oder wirtschaftliche Rücksichten, sondern nur auf die Erinnerung an die schändliche Übermacht der Teilungsmächte gestützt ist (!)“ *Eine solche Verwischung der Teilgebietsgrenzen sei Staatsnotwendigkeit;* ihr gegenüber müsse manch eine weniger wichtige Verkehrs- oder sogar regionale Rücksicht weichen. Die Loslösung der Wojewodschaftsgrenzen von den Teilgebietsgrenzen werde große psychologische Bedeutung haben, da sie . . . die Bewohner der verschiedenen „Teilgebiete“ zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wojewodschaftsselbstverwaltung zwinge. Auf die „westlichen Wojewodschaften“ angewandt heißt das, daß die Verwaltungsreform dazu beitragen soll, den Bewohnern der früher preußischen Gebiete das Bewußtsein ihrer historischen Sonderstellung zu nehmen und sie mit den Kongressuwkis zu vermischen.

Nach den bisher vorliegenden Nachrichten ist durch das nunmehr fast fertiggestellte Regierungsprojekt über die Neueinteilung der Verwaltungsbezirke *tatsächlich eine Beseitigung der bisherigen Verwaltungsgrenzen zwischen den ehemals preußischen Gebieten auf der einen und Kongreßpolen auf der anderen Seite geplant.* Und zwar soll die Wojewodschaft Pommerellen durch einige Nordwestkreise der Wojewodschaft Warschau vergrößert werden, während der Wojewodschaft Posen der kongreßpolnische Bezirk Kalisch zugeschlagen werden soll. Als eine der wichtigsten Fragen im Rahmen der Verwaltungsreform wird von polnischer Seite die verwaltungsgeographische Erweiterung des Korridorgebietes betrachtet. Insbesondere die „Verstärkung Pommerellens“ im Zusammenhang mit der Neueinteilung der Verwaltungsgrenzen beschäftigt seit Jahren die polnische Öffentlichkeit und die Warschauer Behörden. Der erwähnte *Suski*, von dem man annehmen kann, daß er als Ministerialrat im Innenministerium die grundsätzliche Auffassung der Regierungskreise äußert, hat in seiner Schrift für die Neugestaltung der Westwojewodschaften *eingehende Vorschläge* gemacht. Danach soll *das Soldauer Land* von Pommerellen losgelöst und der Wojewodschaft Warschau zugeteilt werden. Dafür sollen die kongreßpolnischen Kreise Rypin, Lipno, Nieszawa an die *Wojewodschaft Pommerellen* angegliedert werden. Ebenso schlägt Suski (in Übereinstimmung mit anderen Sachbearbeitern) vor, Pommerellen auf Kosten der Wojewodschaft Posen zu vergrößern, und zwar sollen die Posenschen Kreise Bromberg (Stadt und Land), Wirsitz, Schubin, Hohensalza und Strelno Pommerellen zugeteilt werden. Dabei ist daran gedacht, *Bromberg zur Hauptstadt der auf diese Weise vergrößerten Wojewodschaft* zu erheben, da weder Thorn, die jetzige Provinzialhauptstadt, noch Graudenz oder Gdingen imstande sind, die Funktionen einer Hauptstadt befriedigend zu erfüllen. Außerdem spricht — wie Suski hervorhebt — für Bromberg als Hauptstadt auch „*die Notwendigkeit, diese Stadt zu polonisieren*“.

Die *Wojewodschaft Posen* soll nach Suski folgende Gestalt bekommen: Außer den erwähnten Nordkreisen, die an Pommerellen kommen, soll auch der (wegen seiner protestantischen Bevölkerung als national besonders „unzuverlässig“ geltende) Schildberger Zipfel mit den Kreisen Schildberg und Kempen von Posen losgelöst und der Wojewodschaft Lodz zugeteilt werden. Andererseits sollen kongreßpolnische Gebiete, nämlich die Kreise Kolo, Konin, Slupca und der Nordwestteil des Kreises Kalisch der Wojewodschaft Posen zugeschlagen werden. — Die *Wojewodschaft Schlesien* soll durch den Kreis Biala, der heute zur Wojewodschaft Krakau gehört, vergrößert werden.

Soweit der Vorschlag Suskis! Wie im einzelnen nun auch die neuen Wojewodschaftsgrenzen gezogen werden mögen, in jedem Falle wird die Verwaltungsreform von der Absicht geleitet sein, die Teilgebietsgrenzen nach Möglichkeit zum Verschwinden zu bringen und *das nationalpolnische Element in den ehemals deutschen Gebieten durch die Angliederung kongreßpolnischer und eventuell auch galizischer Kreise gegenüber dem Deutschtum und dem „preußischen Polentum“ zu stärken.* Die polnische Regierung kann, wie *der ehemalige Posener Wojewode Dunin-Borkowski* in der Zeitschrift „Droga“ sagt, die in der Verfassung garantierte Selbstverwaltung der Wojewodschaften erst dann durchführen, wenn die Verwaltungsgrenzen in diesem Sinne abgeändert worden sind. Nur der Tatsache, daß die Selbstverwaltung bisher noch nicht durchgeführt worden sei, habe Polen es zu verdanken, daß es heute nicht in einer Reihe von Wojewodschaften Volksvertretungen aufweise, die aus Polen feindlichen Elementen zusammengesetzt seien. „Ohne Änderung der Wojewodschaftsgrenzen“, sagt Dunin-Borkowski, „kann man die territoriale Selbstverwaltung nicht einführen, ohne den Staat einer Gefahr auszusetzen.“ Die Vorschläge, die Dunin macht, unterscheiden sich wesentlich von denen Suskis; sie sind aber von der gleichen Absicht diktiert, die fremdnationalen Elemente in der Verwaltung nicht zur Geltung kommen zu lassen. Er will ganz Polen in sieben große Provinzen mit Selbstverwaltungsrecht eingeteilt sehen; die jetzigen 16 Wojewodschaften sollen in den Rang von „Regierungsbezirken“ herabgesetzt werden. Hinsichtlich der ehemals preußischen Gebiete schlägt er die Bildung einer „Provinz Großpolen“ vor, die außer Posen und Pommerellen noch vier Kreise der heutigen Wojewodschaft Warschau und den größten Teil der heutigen Wojewodschaft Lodz umfassen soll, während die heutige Wojewodschaft Schlesien zusammen mit den Wojewodschaften Krakau, Kielce und Lodz (Südteil) die „Provinz Kleinpolen“ bilden soll.

Alle privaten und amtlichen Stellen in Polen, die sich mit dem Problem der Verwaltungsreform befassen, sind sich darin einig, daß den ehemals preußischen Gebieten in ihrer heutigen Gestalt keine provinzielle Selbstverwaltung gewährt werden dürfe. Seit Jahren wird die Durchführung des Autonomiestatuts für die Wojewodschaft Schlesien von der Warschauer Zentrale sabotiert; es ist auch nicht zu erwarten, daß die verfassungsmäßig garantierte Autonomie Wirklichkeit wird, solange die Grenzen der Wojewodschaft nicht ganz wesentlich nach Osten, durch die Einbeziehung kongreßpolnischer und galizischer Gebietsteile, ausgedehnt worden sind. Ostoberschlesiens „heutiges Gebiet muß . . . vergrößert werden . . ., 1. um unser gesamtes dortiges Kohlenrevier in den Händen einer Wojewodschaftsverwaltung zu vereinigen, 2. *um den Prozentanteil der Deutschen* (und der oberschlesischen Wasserpolen. D. Schriftl.) *in der Wojewodschaftsselbstverwaltung zu verringern*, 3. um auf diese Weise den Angleichungsprozeß zu erleichtern und zu beschleunigen“ (so der ehemalige Wojewode von Polesie, Stanislaus *Downarowicz*, in „Materialien der Kommission für die Vervollkommnung der öffentlichen Verwaltung“ Band IV). In demselben Sinne äußert sich u. a. in den erwähnten „Materialien“ auch der Präsident der Generalprokuratur Stanislaus *Bukowiecki*: Wichtiger als die verwaltungstechnische Zusammenfassung des gesamten polnischen Bergbaugebietes wäre die nationalpolitische Wirkung einer Vergrößerung der schlesischen Wojewodschaft, nämlich „der verstärkte unmittelbare Kontakt des schlesischen Lebens mit dem gesamtpolnischen Leben, also *der Faktor, der den schlesischen Provinzialseparatismus zerbricht*“.

Die Verwaltungsreform, mit deren Vorbereitung die Warschauer Regierung beschäftigt ist, wird sich nicht auf die Neueinteilung der Wojewodschaften beschränken, sondern auch, wo es für „notwendig“ gehalten wird, eine *Neueinteilung der kleineren Verwaltungseinheiten*, der Kreise und der Gemeinden, und weiterhin eine entsprechende Neueinteilung der Verwaltungsbezirke der anderen Behörden (Militär, Finanz, Verkehr, Bergbau, Justiz usw.) bringen. So sollen in Posen und Pommerellen *eine ganze Reihe von Landkreisen aufgehoben* werden, und zwar die Kreise Birnbaum, Filehne, Czarnikau, Colmar, Rawitsch, Gostyn, Witkowo, Mewe, Vandsburg, Zempelburg, Dirschau, Schwetz, Löbau und Neumark. Es handelt sich hierbei durchweg um Kreise mit starker deutscher Minderheit, deren Einfluß in den Kreisverwaltungen durch die Zusammenlegung mit polnischen Kreisen ausgeschaltet werden soll. In der Neueinteilung der Gemeinden wird nach demselben Grundsatz verfahren werden. Die Verwaltungsreform wird also ein äußerst wirksames Hilfsmittel bei dem Bestreben der polnischen Regierung sein, die Deutschen, Ukrainer, Weißruthenen, Litauer und die anderen mißliebigen Elemente in den nationalen Mischgebieten Polens auf dem Verwaltungswege zum Verschwinden zu bringen und den Prozeß der „normalen Entdeutschung“, von dem Zaleski gesprochen hat, zu Ende zu führen.

Handel und Industrie zu dem neuen Gesetzentwurf über die Osthilfe.

Von Dr. jur. **Erich Günther**, Schneidemühl.

Der neue Gesetzentwurf über die Osthilfe ist dazu angetan, der vielfach schon an der Zukunft verzweifelnden Bevölkerung in den deutschen Ostmarken zu zeigen, wie ernsthaft der Reichsregierung an einer Wiederaufrichtung der Wirtschaft in den Ostmarken gelegen ist. Neben den starken Einwirkungen der landwirtschaftlichen Umschuldung auf das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere auch auf Handel und Industrie, wird heute die vorgesehene Kredithilfe für Handel und Gewerbe von diesen Berufsständen lebhaft begrüßt. Wenn auch zur Befriedigung des gewerblichen Kreditbedürfnisses vorläufig nur 25 Mill. RM. von der Bank für Industrieobligationen flüssig gemacht werden sollen, so sehen diese Wirtschaftskreise jetzt wenigstens einen Anfang der schon so oft versprochenen Hilfsmaßnahmen für die gewerbliche Wirtschaft der Ostmarken, wo die Wirtschaftsnot infolge Zerreißung ehemaliger wirtschaftlicher Zusammenhänge durch die Grenzziehung gegenüber dem Inlande in besonders starker Form hervortreten muß.

In diesem Zusammenhang ist es auch erfreulich, daß durch Bereitstellung von 130 Mill. RM. aus Anleihemitteln für Bahnbauten im Verkehrsnetz der Eisenbahn eine bessere Nord-Süd-Richtung geschaffen werden kann durch Bau der sogenannten Grenzlandbahn, die von Kreuz an der Ostbahn über Schwerin a. d. W., Meseritz, Gr. Dammer, Neu-Bentschen, Bomst, Unruhstadt, Kolzig, Schlawa, Fraustadt, Guhrau, Herrnstadt und Trachenberg führen soll, und die infolge der Verkürzung des Schienenweges zwischen Kreuz und Schwerin a. d. W., zwischen Guhrau und Trachenberg sowie zwischen Fraustadt und Meseritz auf fast die Hälfte zu einer wesentlichen Beschleunigung des Güter- und Personenverkehrs beitragen wird. Vor allen Dingen wird sie aber auch den Bezug von Kohle, Eisen und Stahl aus dem oberschlesischen Industriegebiet nach der Grenzmark Posen-Westpreußen, Nordostbrandenburg und Ostpommern bedeutend erleichtern. Auch eine Belebung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen dem mittleren Osten und Nordosten und dem Südosten Deutschlands würde auf diese Weise eintreten. Ein wichtiges Projekt ist ferner der Neubau der Bahnstrecke Linde — Pr. Friedland — Bischofswalde. Durch unablässige Bemühungen der an diesen Bahnbauten interessierten Wirtschaftskreise ist es gelungen, die Vorarbeiten für die Teilstrecken der Grenzlandbahn und den Bahnbau Linde—Pr. Friedland—Bischofswalde soweit zu fördern, daß die tatsächliche Inangriffnahme dieser Bahnbauten nur noch eine Frage der Beschaffung der erforderlichen Mittel durch Reich und Staat war.

Bedauerlich ist allerdings, daß Mittel zur Frachtensenkung bisher außer für Ostpreußen nur für die ostpommerschen Kreise Stolp Stadt, Stolp Land, Bütow, Lauenburg, Rummelsburg und für die beiden grenzmärkischen Kreise Schlochau und Flatow vorgesehen sind, und zwar in Höhe von 2 Mill. RM. Es wäre zu wünschen, daß die bisher nur für Ostpreußen gewährte allgemeine Frachtermäßigung auch den anderen Grenzgebieten zugebilligt wird. Schon jetzt ist die Tatsache beobachtet worden, daß infolge der Frachterstattungsaktion für einzelne Gebiete in manchen Industriezweigen eine empfindliche Veränderung der Wettbewerbsverhältnisse hervorgerufen wurde. Gerade auf diesem Gebiete können uneinheitliche Maßnahmen auf Grund der Osthilfe für manche Gebiete leicht Verschlechterungen herbeiführen.

Erfreulich ist hingegen, daß die für die Senkung der Realsteuern vorgesehenen Mittel auch eine Senkung der Gewerbesteuerzuschläge um 15—35 v. H. ermöglichen. Diesen Umstand sollten sich auch viele Kreise von Handel und Industrie vor Augen halten, die an eine Wirksamkeit der Osthilfe noch nicht recht glauben wollen. Gerade der Steuer- und Lastenabbau gehört in der Ostwirtschaft zu den wichtigsten Maßnahmen, um Rentabilität und Absatzmöglichkeiten wieder herzustellen. Ohne Rentabilisierung der Wirtschaft im Osten müßte schließlich jede Hilfsmaßnahme, auch im Wege des Kredits, auf die Dauer vergeblich sein.

Bei allen diesen Maßnahmen von Reich und Staat darf man aber nicht vergessen, daß die öffentlichen Gewalten niemals selber Veränderungen in der wirtschaftlichen Entwicklung vornehmen können, sondern daß sie höchstens helfend, fördernd oder hemmend allgemeine wirtschaftliche Tendenzen beeinflussen können. Und so steht vor allen Dingen der Wirtschaft die eigene Aufgabe bevor, auch die Arbeit an sich selbst nicht zu vergessen und zu ihrem Teil, vor allen Dingen durch Vertrauen zu sich selbst und auch zu den jetzigen Maßnahmen der Reichsregierung, über die schwere Zeit hinwegzukommen.

*

Düngervorschüsse mit Osthilfe.

Von Ökonomierat Dr. h. c. F. Schiftan, M. d. L.,

In den verschiedensten landwirtschaftlichen Betriebsgrößen im Osten mehren sich die Befürchtungen, daß die Wirtschaftsnöte die Anwendung von künstlichem Dünger, die erst eine Vollernte ermöglicht, nicht zulassen werden, wenn nicht ohne Verzug die Mittel der Osthilfe eingesetzt werden. Ein großer Teil der Handelsfirmen, die bisher die Finanzierung des Bedarfs an künstlichem Dünger für die Landwirtschaft ausübten, sind der Agrarkrise erlegen. Auch die Vermittlungstätigkeit der Genossenschaften ist beschränkter als früher. Die Unlust, landwirtschaftliche Wechsel anzukaufen, kommt hinzu.

Wir stehen vor der Tatsache, daß die notwendigen Voraussetzungen für eine Vollernte nicht gegeben sind, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen Platz greifen, die Herbeischaffung des künstlichen Düngers zu gewährleisten. Die dazu noch zur Verfügung stehende Zeit ist ganz kurz. Um einem Notstand zu begegnen, dessen Folgen in Verbindung mit der Tagesnot unabsehbar sind, dürfte eine Ergänzung des zur Beratung stehenden Osthilfegesetzes dringlich sein, zumal bei der längeren Dauer bis zur Entscheidung der Landstellen in Einzelfällen, ob ein Betrieb umgeschuldet wird oder nicht.

Die zur Beschaffung des künstlichen Düngers nötigen Mittel müßten meines Erachtens von der Landstelle für die bei ihr zur Umschuldung angemeldeten Betriebe vorschußweise zur Verfügung gestellt werden. Diese Vorschüsse können für den Fall, daß der Betrieb später nicht umgeschuldet werden kann, in der Weise gesichert werden, daß man diese Gelder durch Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung in das Osthilfegesetz als bevorrechtigte Forderung im Sinne der Zivilprozeßordnung anerkennt.

Eine Härte gegenüber den Hypothekengläubigern ist hiermit nicht verbunden; denn der Nutzen der Anwendung des künstlichen Düngers kommt den Gläubigern ganz unmittelbar zugute, wenn sie etwa gezwungen sein sollten, das Grundstück in der Zwangsversteigerung zu erwerben. Diese Maßnahme würde insbesondere auch dem mittleren und Kleingrundbesitz dienen, da auch hier der Verkaufswert der Stelle im Falle einer Veräußerung zweifellos erheblich höher ist, wenn der Erwerber durch rechtzeitige Anwendung des künstlichen Düngers schon im ersten Jahre auf eine Vollernte rechnen kann.

In diesem Sinne haben die Deutschnationale Volkspartei und die Deutsche Volkspartei Anträge im Reichstage eingebracht.

*

Das Osthilfegesetz dem Reichsrat zugeleitet.

Die neuen Osthilfegesetze sind am 21. Februar beim Reichsrat eingegangen und werden in den nächsten Tagen an die zuständigen Mitglieder verteilt. Berichterstatter für die Osthilfe ist im Reichsrat der bayerische Ministerialdirektor Freiherr v. Imhoff. Über die technische Erledigung der Vorlagen sind noch keine Vereinbarungen getroffen. Die Beratung soll jedoch nach Möglichkeit beschleunigt werden. Es ist zu erwarten, daß unter Verzicht auf die Fristen die Ausschußberatungen noch in der kommenden Woche aufgenommen werden, so daß die Verabschiedung der Osthilfe im Reichsrat Anfang März erfolgen kann. Durch die mit Preußen bereits erzielte Verständigung über die Osthilfe wird die Erledigung im Reichsrat erheblich erleichtert.

Reichsetat und Osthilfe.

Zwischen dem Osthilfegesetz und dem Reichshaushalt von 1931 besteht bekanntlich ein „Junktim“: eines nicht ohne das andere. Die Bereitstellung der Mittel zur Entschuldung des Ostens erfolgt erst nach Verabschiedung des Reichshaushaltes. An amtlicher Stelle besteht kein Zweifel darüber, daß eine generelle Senkung der Zinsen und Lasten für den Osten nur möglich ist bei einer entsprechenden günstigen Entwicklung des Reichshaushaltes. Solange diese aber nicht eintritt — und objektiv sind die Aussichten dafür gering —, ist es weder möglich, eine Erweiterung des Gebietsumfanges, noch eine Erweiterung der Maßnahmen selbst durchzuführen. Die Reichsregierung ist sich auch darüber klar, daß mit diesen Maßnahmen allein die Rentabilität der Landwirtschaft im Osten nicht wieder hergestellt werden kann. Sie geht in erster Linie darauf aus, eine weitgehende Entschuldung zu erzielen und die Interessen der Schuldner und Gläubiger in gleicher Weise sicherzustellen. Vor allem soll eine „Stillegung“ der wenig ertragreichen 8. Bodenklasse, unter Umständen auch der 7. Bodenklasse erreicht werden, die im Staatsbesitz der Aufforstung zugeführt werden soll.

Für die Frage der Rentabilität spielt auch die Verstärkung des organischen Zollschutzes eine Rolle. Daß hier manche Schwierigkeiten zwischen den amtlichen Ressorts zu beseitigen sind, liegt auf der Hand. Die Besprechungen im Kabinett, die sich auf die Einzelheiten erstreckten, werden fortgesetzt werden. Über die wichtigsten Fragen besteht bereits Übereinstimmung.

Niederschlesiens Enttäuschung über das Osthilfegesetz.

Das von der Reichsregierung verabschiedete und dem Reichsrat zugeleitete Osthilfegesetz hatte namentlich in Niederschlesien starke Verstimmung hervorgerufen, da es die Hilfsaktion grundsätzlich (d. h. bis auf die landwirtschaftliche Entschuldungsaktion, die auf die ganze Provinz Niederschlesien ausgedehnt werden kann) auf die östlichen Randkreise Grünberg (Stadt und Land), Freystadt, Glogau (Stadt und Land), Guhrau, Militsch, Groß-Wartenberg und Militsch beschränkte. Die Spitzenorganisationen der niederschlesischen Wirtschaft haben gegen diese räumliche Beschränkung scharf protestiert. Die Landwirtschaftskammer Niederschlesien hat zum Ausdruck gebracht, daß die Ausdehnung der Hilfsmaßnahme, namentlich der Lastensenkung und Frachtenerleichterung, auf ganz Niederschlesien un-

bedingt notwendig sei. Der Magistrat der Stadt Breslau befürchtete „bei der ständig rapide wachsenden Notlage ernsteste Folgen wirtschaftlicher und politischer Art“. Auch die Industrie- und Handelskammern in Breslau und Liegnitz bestätigten diese allgemeine Enttäuschung darüber, daß die im Hinblick auf die allgemeine Finanznot bescheidenen und daher erfüllbaren Wünsche von Industrie, Handel und Gewerbe vollkommen unberücksichtigt geblieben seien. Der Bund Schlesischer Industrieller bedauert, daß alle Vorstellungen über die Gründe der Notlage und über die Wege zur Abhilfe völlig erfolglos geblieben seien: „Man fragt sich, wie hoch die Not dann noch steigen soll, bis man an verantwortlicher Stelle einsieht, daß unbedingt etwas zur Aufrechterhaltung der gesamten schlesischen Wirtschaft geschehen muß.“ Auch die Handwerkskammer zu Breslau hat die maßgebenden Berliner Stellen telegraphisch um Einbeziehung ganz Niederschlesiens in die Osthilfe ersucht. Der Schlesische Landbund hat in seinem Protesttelegramm u. a. geschrieben: „Entschuldung und Lastensenkung sind eine organische Einheit. Das eine muß ohne das andere wirkungslos bleiben. Empörung und Verzweiflung werden verhängnisvolle Schritte auslösen, wenn nicht der von tiefster Not heimgesuchten Provinz endlich einheitliche und sofort wirksame Hilfe zuteil wird.“

U. a. hat auch noch der Niederschlesische Provinzialausschuß in einer Entschließung gegen die Beschränkung der Osthilfeaktion auf die sieben Grenzkreise Stellung genommen:

„... Der Provinzialausschuß ersucht dringend, schon zur Vermeidung von Beunruhigung in unserer großen und wichtigen Grenzprovinz, keine Einschränkung des Gebietes der verschiedenen Hilfsmaßnahmen, die schon jetzt bestehen, vorzunehmen, weil Niederschlesien als stark industrielle Provinz von den Absatzverlusten der Grenzziehung und der Zollkriege weitaus am stärksten von allen Ostprovinzen betroffen ist.

Mindestens ersuchen wir die Reichs- und Staatsregierung dringend, von der Ermächtigung des § 1 Absatz 2 des Osthilfegesetzentwurfes alsbald für die Provinz Niederschlesien — gegebenenfalls unter Abstufung nach dem Prinzip der Bedürfnisfrage — Gebrauch zu machen und zwar zur Erleichterung der kommunalen Lasten, zur Frachterleichterung, zur Senkung der Meliorationszinsen und zur Befriedigung des gewerblichen Kreditbedürfnisses...“

Inzwischen hat die Reichsregierung ihren Beschluß über die Osthilfe dahin abgeändert, daß außer den sieben östlichen Randkreisen Niederschlesiens, **auch noch die Kreise Glatz, Habelschwerdt, Neurode, Waldenburg, Landeshut und die Stadt Breslau voll in die Osthilfe einbezogen worden sind. Die übrigen niederschlesischen Kreise sind aber nach wie vor unberücksichtigt geblieben.**

Verlängerung der Osthilfe-Antragsfrist.

Wie amtlich verlautet, hat der Leiter der Landstelle Schneidemühl für die Osthilfe die Zeit zur Einreichung von Umschuldungsdarlehen bis zum 30. Juni d. J. verlängert.

Zum Vorsitzenden des Ostausschusses

wurde der Sozialdemokrat Stelling wiedergewählt, nachdem die Nationalsozialisten, denen der Vorsitz sonst zugefallen wäre, auf eine Beteiligung an den Reichstagsarbeiten verzichtet haben.

Steuernachlaß für Ostpreußen.

Reichsfinanzminister Dietrich hat an den Präsidenten des Handelsfinanzamts in Königsberg folgenden Erlaß gerichtet:

„Die besondere wirtschaftliche Notlage, die in Ostpreußen besteht, läßt auch besondere steuerliche Vergünstigungen für Ostpreußen geboten erscheinen. Ich bestimme daher in Anlehnung an die für die Jahre 1929 und 1930 getroffene Regelung folgendes:

1. Billigkeitsmaßnahmen für die Landwirtschaft. a) Vermögenssteuer: Wie für die beiden Vorjahre wird der ostpreußischen Landwirtschaft 3/5 des endgültig für 1931 zu entrichtenden Vermögenssteuerbetrages erlassen, so daß die Vorauszahlungsrate vom 15. Februar 1931 ganz und die Vorauszahlungsrate vom 15. Mai 1931 zur Hälfte unerhoben bleibt. Dies gilt nicht für solche Steuerpflichtige, die nach Lage ihrer gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse eine besondere steuerliche Leistungsfähigkeit aufweisen, insbesondere neben ihrem landwirtschaftlichen Vermögen wesentliches sonstiges Vermögen besitzen. b) Umsatzsteuer: Den Landwirten, die vermögen- und einkommensteuerfrei sind, wird die im April 1931 fällige Umsatzsteuerrate erlassen.

2. Billigkeitsmaßnahmen für andere Wirtschaftszweige: Den Steuerpflichtigen, die durch die Notlage der ostpreußischen Landwirtschaft mitbetroffen sind oder die infolge der auf der isolierten Lage Ostpreußens beruhenden schwierigen Verhältnisse sich in besonderer wirtschaftlicher Bedrängnis befinden, ist je nach Lage des einzelnen Falles durch Stundung oder Erlaß der Vermögenssteuer mit besonderem Wohlwollen entgegenzukommen; dies gilt, soweit es erforderlich sein sollte, auch für die Umsatzsteuer.

3. Dieser Erlaß findet lediglich auf solche Steuerpflichtige Anwendung, die in Ostpreußen ihren Wohnsitz haben. Über Anträge ist nach den für derartige Gesuche allgemein geltenden Richtlinien zu entscheiden.“

Einigung zwischen der Ostpreußischen Landschaft und Preußen.

Die Pressestelle der Ostpreußischen General-Landschafts-Direktion teilt mit: Es ist eine grundsätzliche Verständigung zwischen dem Preußischen Landwirtschaftsministerium und der Ostpreußischen Landschaft erzielt.

Es soll ein Weg gefunden werden, um den Golddiskontverschuldeten eine Umschuldung und bis dahin Stundung zu gewähren. Den Besitzern, deren Beleihungsanträge die Landschaft seinerzeit ohne weiteres angenommen und bearbeitet hat, soll nach Möglichkeit durch Gewährung eines Pfandbriefkredits der Central-Landschaft geholfen werden.

Über das Stehenlassen der Pfandbriefhypotheken der Treuhandstelle gegenüber ist gleichfalls grundsätzliches Einverständnis erzielt.

Über den Inhalt der Verpflichtungserklärung für die Neuumschuldung besteht Einvernehmen, so daß von seiten der Landschaft dieser neuen Umschuldung nichts im Wege steht.

Steuersenkung in OS.

Der Präsident des Landesfinanzamts Oberschlesien teilt mit, daß die Aktion zur Senkung der Realsteuerzuschläge durch die Verteilung der von der Reichsregierung zur Verfügung gestellten Mittel in Oberschlesien zum Abschluß gekommen ist. Es sind durch die Oberfinanzkasse beim Landesfinanzamt Oberschlesien in Neiße insgesamt 9 137 328,97 ℳ zur Auszahlung gelangt, und zwar 4 732 256,97 ℳ an die Stadtgemeinden (Stadtkreise und nichtkreisfreie Städte) und 4 405 072 ℳ an die Landgemeinden.

Neues aus Polen.

Die Verschuldung des polnischen Staates.

Die Auslandverschuldung des polnischen Staates nach dem Stande vom 1. Januar 1931 geht aus nachstehender Übersicht hervor, die wir einem Aufsatz von Max Blaschke in der „Märk. Posener Ztg.“, Meseritz, entnehmen. Danach schuldet der polnische Staat an die

Vereinigte Staaten	1 331 000 000 RM.
Frankreich	170 000 000 „
England	82 000 000 „
Italien	73 000 000 „
Schweden	26 000 000 „
Norwegen	19 000 000 „
Tschechoslowakei	14 000 000 „
Holland	5 750 000 „
Dänemark	406 000 „
Österreich	198 000 „
Schweiz	66 000 „
von Polen zu übernehmende Verbindlichkeiten Österreichs und Ungarns	151 000 000 „
Auslandsschulden zusammen	1 872 415 000 RM.
Dazu Inlandsschulden	298 000 000 „
Gesamtverschuldung des polnischen Staates	2 170 415 000 RM.

Pfadfinder-Prozeß vertagt.

Im Pfadfinderprozeß in Posen ist es am 20. Februar zu keinem Urteil gekommen. Die Verhandlungen wurden auf Antrag des Gerichtshofes vertagt, und zwar zwecks Ladung weiterer Zeugen. Diese Zeugen sollen besonders über die Vergehen der Spionage und die Geheimbündelei aussagen. Es ist dem bisherigen Verlauf der Verhandlungen nach anzunehmen, daß sich diese Anschuldigungen als haltlos erweisen werden. Wann die Verhandlungen weitergeführt werden, ist noch nicht bekannt, jedoch dürfte es erst in einigen Wochen der Fall sein.

Herabsetzung des Parzellierungskontingents.

Wie das Blatt der polnischen Regierung, die „Gazeta Polska“, mitteilt, ist dem Sejm von der Regierung ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, nach dem ausnahmsweise für das Jahr 1931 das im Agrarreformgesetz vorgesehene Parzellierungskontingent für die Kreise Warschau, Petrikau, Lublin, Posen und Graudenz um insgesamt 30 000 Hektar herabgesetzt werden soll. Das Blatt begründet diese Maßnahme damit, daß die allgemeine Wirtschaftsdepression eine Verminderung der Nachfrage nach Land und ein Sinken der Bodenpreise zur Folge gehabt habe.

Schriftleiter Jursch zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor dem Posener Landesgericht als Berufungsinstanz stand am 23. Februar der verantwortliche Schriftleiter des „Posener Tageblattes“, Alexander Jursch. Die Anklage war wegen eines Leitartikels „Zum Nachdenken“ erhoben worden, der den Willen des Blattes unterstreicht, befriedigend auf die deutschpolnischen Beziehungen

zu wirken. In der ersten Instanz wurde Jursch „wegen Aufreizung zu Gewalttätigkeiten“ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. In der neuen Verhandlung wurde das Urteil bestätigt. Der Verteidiger Rechtsanwalt Grzegorzewski wies darauf hin, daß die Anklage unbegründet sei, zumal man doch überhaupt nicht davon sprechen könne, daß die 4000 Deutschen der Stadt Posen gegen die 200 000 Polen dieser Stadt zu Gewalttätigkeiten aufgewiegelt werden könnten. Der Artikel habe die Tendenz, beruhigend zu wirken. In der Begründung des Gerichts heißt es, daß der Artikel zwar theoretisch sich pazifistisch gebärde, daß er aber keinen anderen Zweck habe, als der polnischen Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und sie einzulullen. Eine sonderbare Strafbegründung! Die Verteidigung hat Revision angemeldet.

Geringe Geldstrafen für blutige Terrorakte.

Vor dem Bezirksgericht in Tarnowitz haben die Verhandlungen wegen einzelner Terrorakte, die sich während der Wahlzeit im Kreise Tarnowitz zugetragen haben, begonnen. Die bisherigen Urteile sind nicht geeignet, irgendwie abschreckend auf die Täter zu wirken. Von einem Dutzend der Täter, die sich meistenteils aus Aufständischenkreisen rekrutieren, ist die Hälfte wegen „Mangels an Beweisen“ freigesprochen worden. Die übrigen wurden mit Geldstrafen von 20 bis 40 Zloty (9,50 bis 19 M) belegt. So wurde z. B. ein Aufständischer, der einen deutschen Stimmzettelverteiler bis in dessen Haus verfolgte und ihn sowie dessen Mutter blutig schlug, zu 30 Zloty Geldstrafe verurteilt. Mehrere Aufständische, die gewaltsam in das Haus eines Schuhmachers Piahsetzna eingedrungen waren, wuren freigesprochen, da ihnen angeblich nicht nachgewiesen werden konnte, daß sie sich unter den Eindringlingen befunden hatten. In Alt-Reppen wurde seinerzeit ein 60jähriger deutscher Stimmzettelverteiler von einem Aufständischen übel zugerichtet. Der Täter wurde freigesprochen, dafür aber in einem anderen Fall, wo ihm seine Beteiligung nachgewiesen werden konnte, zu 40 Zloty Geldstrafe verurteilt. Zwei Aufständische aus Groß-Piekar, die beschuldigt wurden, zahlreiche Fensterscheiben bei deutschen Einwohnern eingeschlagen zu haben, wurden nach der Vernehmung von elf Zeugen freigesprochen, weil ihnen eine direkte Schuld angeblich nicht nachgewiesen werden konnte. Ein Eisenbahnbeamter aus Bobrownik, der einen deutschen Vertrauensmann gewaltsam aus dem Wahllokal hinausgeworfen hatte, wurde zu 30 Zloty Geldstrafe verurteilt.

Schulrat Dudek zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt.

Vor der höchsten Gerichtsinstanz in Warschau fand am 24. Februar der nun schon fünf Jahre währende Prozeß gegen den Leiter der Schulabteilung beim Deutschen Volksbund, Schulrat a. D. Dudek, seine Fortsetzung. Dem Prozeß, dessen Einzelheiten schon in Vergessenheit geraten sein dürften, liegt folgender Sachverhalt zu Grunde: Schulrat Dudek wird beschuldigt, am 10. Oktober 1925 einen Brief an das Deutsche Generalkonsulat in Kattowitz gesandt zu haben, in dem sich neben einem kurzen Anschreiben in Maschinenschrift Nachrichten über militärische Organisationen und den polnischen Nachrichtendienst befunden haben sollen. Dieser Brief soll in die Hände des polnischen Spionagedienstes gelangt, dort photographiert, und dem Deutschen Generalkonsulat wieder zugestellt worden sein. Das Original dieses Briefes ist nirgends vorhanden, auch das Deutsche Generalkonsulat hat niemals einen derartigen Brief erhalten. Als Beweisdokument gilt nur eine sechsfach verkleinerte Photographie, auf der sich der handschriftliche Buchstabe „D“ befindet. Dieser Buchstabe bildete die Veranlassung zur Erhebung der Anklage gegen Schulrat Dudek, der am 12. Februar 1926 wegen Verrats militärischer Geheimnisse verhaftet wurde und fünf Monate in Untersuchungshaft zubringen mußte. In der ersten gerichtlichen Verhandlung am 2. Juli 1926 wurde Schulrat Dudek zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. Der Verurteilte wurde gegen eine Kaution von 50 000 Zloty aus der Haft entlassen. In der Revisionsverhandlung vor dem Höchsten Gericht in Warschau am 20. Oktober 1927 wurde das Urteil aufgehoben und die Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung nach Kattowitz zurückverwiesen. In der zweiten Verhandlung vor der Strafkammer Kattowitz am 11. Oktober 1928 wurde das gleiche Urteil wie in der ersten Verhandlung gefällt. Dem erneuten Antrag auf Revision wurde nunmehr bei der Verhandlung vom 24. Februar vor dem Obersten Gericht stattgegeben. Dieses hat das Urteil gleichfalls bestätigt. Schulrat Dudek ist zu 1½ Jahren Gefängnis verurteilt worden, weil Schriftsachverständige der Ansicht waren, daß ein in sechsfacher photographischer Verkleinerung vorliegendes „D“ unter einem belastenden Schreiben von ihm geschrieben worden sein soll. — Das ist die polnische Rache für den verlorenen Ulitzprozeß.

Das Urteil gegen Jude bestätigt.

Am 21. Februar fand vor dem Berufungsgericht in Thorn die Verhandlung gegen den deutschen Landwirt Bruno Jude statt, der am 24. Oktober 1930 im Zusammenhang mit dem Grenzzwischenfall bei Neuhöfen wegen angeblicher Spionage zugunsten Deutschlands zu elf Jahren schweren Kerkers und zu 50 000 Zloty Geldstrafe verurteilt worden war. Das Berufungsgericht hat nach einer kurzen Verhandlung hinter geschlossenen Türen das Urteil der ersten Instanz in vollem Umfange bestätigt.

Entschädigungswesen.

Der neue Entschädigungsausschuß des Reichstages.

Ein Ausschuß für Liquidations- und Verdrängtenschäden ist als 20. Ausschuß am 19. Februar im Reichstage nunmehr gebildet worden. Der Reichstag hat damit einem Antrage der Arbeitsgemeinschaft der Geschädigten-Verbände entsprochen. Zum Vorsitzenden ist der sozialdemokratische Abg. Schirmer gewählt worden, der schon vor der Reichstagsauflösung Vorsitzender war. Dem neuen 20. Ausschuß gehören folgende Mitglieder an: Sozialdemokratische Partei: Arzt, Buchwitz, Künstler, Schaffner, Schiller (Hannover), Schirmer und Schöpflin; Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei: Bürckel, Fillusch, Kasche, Dr. Ley und Dr. Löpelmann; Kommunistische Partei: Bohnenstengel, Hein, Jadasch und Schütz; Zentrum: Dr. Bockius, Ehrhardt, Dr. Schetter und Wegmann; Deutschnationale Volkspartei: Laverrenz und Wege; Deutsche Volkspartei: Dauch; Deutsches Landvolk: Domsch und Gandorfer; Wirtschaftspartei: Holzamer; Christlich-Sozialer Volksdienst und Kons. Volkspartei: Dr. Echte; Bayerische Volkspartei: Dr. Bayersdörfer.

Kursentwicklung der Reichsschuldbuchforderungen.

Nachdem die Kurse der Reichsschuldbuchforderungen bis Mitte dieses Monats nicht unerheblich gestiegen waren, trat in den letzten Wochen wiederum ein Stillstand in der freundlichen Entwicklung der Kurse ein. Vor allem wirkten Besorgnisse hinsichtlich der weiteren innerpolitischen Entwicklung hemmend. Auch dadurch, daß das Ausland sich weitere Zurückhaltung in dem Erwerb von deutschen Werten auferlegte, konnte wieder ein Rückgang der Kurse, wenn auch im geringen Umfange, nicht vermieden werden.

Am 24. d. M. wurden folgende unverbindliche Verkaufskurse genannt: 1931 99¼, 1932 96¾, 1933 92¼ (Polenschädenkommissar-Schuldbuchforderungen 91), 1934 89 (88), 1935 85 (83½), 1936 83 (81¼), 1937 78½, 1938 78 (75), 1939 74½ (72), 1940 73, 1941 72½, 1942 70¼, 1943 69, 1944 66, 1945—48 67¾.

Beamtenfragen.

Aufhebung der Beförderungssperre?

Das Reichskabinett beschäftigte sich dieser Tage mit den Beförderungsverhältnissen in den Reichsämtern, und zwar mit der Frage der Aufhebung der Beförderungssperre, die seit Beginn des Sommers für alle Ämter verfügt worden war. Diese Sperre werde wahrscheinlich zum 1. Januar 1931 aufgehoben werden.

Die Beamtenabteilung des Deutschen Ostbundes.
(Bund der Kommunalbeamten usw. aus den abgetretenen Gebieten E. V.)

Flüchtlings- und Sozialfürsorge

Die Hindenburg-Spende,

die 1927 anläßlich des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten aus freiwilligen Sammlungen entstanden ist, versendet ihren 3. Jahresbericht, erstattet von Dr. Karstedt. Ihm entnehmen wir, daß in dem Geschäftsjahr rund 1 Mill. RM. für Kriegsbeschädigte, Kriegshinterbliebene und Veteranen verausgabt wurden. Insgesamt hat die Geschäftsstelle bis 31. Dezember 1930 21 639 Personen mit rund 4 Mill. RM. unterstützt.

Siedlungs- und Wohnungswesen.

Ansiedlungsmöglichkeiten.

Unter den heutigen schwierigen Verhältnissen in der Landwirtschaft sind die größeren Güter in vielen Fällen nicht in der Lage, sich über Wasser zu halten, deshalb wird eine noch intensivere Siedlung in diesem Jahre die Folge sein. Ansiedlungsmöglichkeiten sind besonders in Brandenburg, in der Grenzmark, in Pommern und auch in Schlesien genügend vorhanden. Die Vollbauernstelle, welche einschließlich Wiesenzulage 60—70 Morgen groß ausgelegt wird, erfordert eine Baranzahlung von 5—6000 RM., wenn der Käufer selbst das erforderliche Anfangsinventar mitbringt. Andernfalls muß ein Mindestkapital von 4500 RM. zur Beschaffung des Inventars nachgewiesen werden. Die Übergabe der Hofstelle erfolgt mit schlüsselfertigen Gebäuden einschließlich Stalleinrichtung, Brunnen und Hofzaun, sowie elektrischem Anschluß. — Die kleinbäuerlichen Stellen in Größe von 30—40 Morgen erfordern 2500—3000 RM. Anzahlung, und für die Inventarbeschaffung sind nochmals 3000 RM. nachzuweisen. — Außer diesen beiden Stellenarten werden vielfach noch Kleingärtner-, Handwerker- und Arbeiterstellen ausgelegt, die 6—18 Morgen Land erhalten und deren Übergabe bereits mit 1500—2000 RM. möglich ist, wenn der Käufer sich selbst das Anfangsinventar beschafft. — Der Vorteil des Ankaufs einer Siedlung liegt auf der Hand, wenn der Bewerber sich klarmacht,

daß neben der verhältnismäßig geringen Anzahlung ganz besonders niedrige Resthypotheken verbleiben. Berücksichtigt man nun noch, daß bei fast allen Siedlungsvorhaben die Käufer ein zinsfreies Jahr erhalten und keinerlei Abgaben für den Kaufabschluß zu zahlen sind, so werden diese Vorteile unbedingt Anerkennung finden müssen.

Vorstehende Ausführungen gingen uns von der Deutschen Ansiedlungsbank Berlin-Halensee, Seesener Straße 30, zu, die um Beachtung ihrer Anzeige in der heutigen Nummer bittet.

Bundesnachrichten.

Versammlungskalender.

Wir bitten die Ortsgruppen und Landesverbände, uns ihre Veranstaltungen im voraus bekanntzugeben, so daß in einem Versammlungskalender an dieser Stelle kurz darauf hingewiesen werden kann. Die Voranzeige darf nicht mehr als 1 bis höchstens 2 Zeilen umfassen. Die Aufnahme kann nur erfolgen gegen vorherige Einsendung einer Gebühr von 20 Pf., da wir wegen des kleinen Betrages weder Postgebühren aufwenden, noch die Buchhalterei beschweren können.

Ostbundversammlungen finden statt:

Ortsgruppe Stettin: Stiftungsfest und Ostmarkenkundgebung am 11. März, 8 Uhr, im Reichsadler (Sprecher: Exzellenz von Kries).

Aus der Bundesarbeit.

Landesverband Berlin-Brandenburg.

Ortsgruppe Havelberg. In der Versammlung am 7. Februar d. J. bei Herrn Kohlase, Lange Straße, legte der bisherige Geschäftsführer, Bürgermeister a. D. Kürten, das Amt als Geschäftsführer nieder. In den Vorstand wurden gewählt: 1. Vorsitzender Herr Gustav Paasch, Havelberg; stellvertretender Vorsitzender Herr Landwirt Emil Wellnitz; Schriftführer Herr pens. Eisenbahnbeamter Wilhelm Kieper, Havelberg; Schatzmeister Herr Hausbesitzer Rudolf Dahm; Geschäftsführer Herr Karl Keßler, Havelberg, Müllertor Nr. 2. Es wird gebeten, von jetzt ab alle geschäftlichen Sachen an Herrn Keßler zu senden.

Landesverband Ostmark.

Die Ortsgruppe Crossen (Oder) hatte für den letzten Adventssonntag ihre Mitglieder zu einer Weihnachtsfeier nach der „Wilhelmshöhe" eingeladen, die von Mitgliedern und Freunden gut besucht war. Gemeinsam gesungene Weihnachtslieder, ein Gedichtvorspruch und musikalische Darbietungen umrahmten einige Ansprachen und ein sehr gelungenes Weihnachtsspiel. Der Vorsitzende Baller würdigte die Weihnacht als ein deutsches Fest und stellte die Weihnachtsfeier des Ostbundes unter das Motto: „Einer trage des andern Last." Pfarrer Schultz richtete sodann an die Festgemeinde ein zu Herzen gehendes Weihnachtswort, für das er als Leitmotiv Herders Grabinschrift „Licht, Liebe, Leben" wählte. Anschließend sah man in lebenden Bildern auf weißer Wand das Christevangelium abrollen, untermalt von den Weisen der Singgemeinde des Finckensteiner Bundes, die sich freundlich in den Dienst der Sache gestellt hatte. Den Höhepunkt der Feier bildete naturgemäß das Erscheinen des Weihnachtsmannes, der reichlich Gaben auszuteilen in der Lage war. Ferner trug auch eine reich beschickte Verlosung zur Unterhaltung wesentlich bei. Spenden aus Kreisen der Mitglieder sowie aus der Bürgerschaft, ferner aber auch ein ansehnlicher Betrag aus der Vereinskasse ermöglichten, daß bedürftigen älteren Landsleuten umfangreiche Weihnachtspakete überreicht werden konnten. Zum Schluß wurde eine Sammlung für die alten in den abgetretenen Provinzen lebenden Ostmärker veranstaltet, die ein erfreuliches Ergebnis hatte.

Die Ortsgruppe Fürstenwalde und Umgegend konnte am 25. Januar auf den Tag ihres zehnjährigen Bestehens zurückblicken. Aus diesem Anlaß wurde die Monatssitzung am 3. Februar zu einer Festsitzung ausgestaltet. Der erste Vorsitzende, Hilfsschullehrer Balkow, sprach über „Zehn Jahre Deutscher Ostbund in Fürstenwalde". Er erinnerte an die Tage der Not, der Entbehrung, der Verzweiflung, in denen der fanatische Haß der Polen seine rücksichtslose Ausrottungstätigkeit begann; wie die Flüchtlinge vor zehn Jahren eine neue Heimat, neue Wohnung, neue Existenz suchten; wie sie sich zu einem Heimatsverein zusammenfanden; wie dann die Ortsgruppe gestärkt durch den großen Bund mit Rat und Tat allen Vertriebenen helfend zur Seite gestanden hat. Erfreulicherweise könne, nach einem starken Rückgang der Mitgliederzahl im Laufe der Jahre, heute festgestellt werden, daß wieder eine merkliche Zunahme der Mitglieder zu verzeichnen sei und daß sich die Erkenntnis von den Aufgaben und Pflichten der Ostmärker Bahn gebrochen habe. Anschließend wurden 13 Mitglieder für eine zehnjährige treue Mitgliedschaft im Ostbund mit der Treunadel ausgezeichnet. Musikalische Darbietungen, Gedichtsvorträge verschönten die Feier.

Die Ortsgruppe Schwerin (Warthe) feierte am 18. Januar bei Vedder den Tag ihres 10jährigen Bestehens. Die Veranstaltung war sehr gut besucht. Nach einem von Fräulein Jahnke gesprochenen Gedicht hielt der Vorsitzende, Herr Studienrat Mulot, die Gedenkansprache. Aus zwei Wurzeln, aus der Liebe zur Ostmark und aus dem überparteilichen Bekenntnis für eine allgemein deutsche Sache, sei die Ortsgruppe erwachsen. Die Ortsgruppe habe während der ersten 10 Jahre ihres Bestehens bedeutsame Wandlungen durchgemacht, im Ziel wie auch in der Zusammensetzung. Während ursprünglich der Kampf um die Entschädigung der vertriebenen Ostdeutschen im Vordergrund gestanden habe, trete in den letzten Jahren die Aufklärungsarbeit über Ostfragen immer stärker hervor. Anfänglich seien die meisten Mitglieder Ostflüchtlinge gewesen, heute überwiegt die Anzahl der Einheimischen ganz erheblich. Der Ostbund sei das Sammelbecken für alle Bestrebungen, die auf die Wiedergewinnung des deutschen Lebensraumes im Osten hinzielen. Die Mitarbeit im Deutschen Ostbund sei an keine Schranken der Partei und der Konfession gebunden. Jeder gute Deutsche sei als Mitstreiter willkommen. Die erste Strophe des Deutschlandliedes klang auf. Dann spielte die Mandolinenkapelle des Männer-Turnvereins, der sich wieder in den Dienst der guten Sache gestellt hatte, zwei vaterländische Lieder. Im Mittelpunkt des Abends stand ein Vortrag von Frau Dr. Arndt, Landsberg (Warthe) über „Das Deutschtum im Osten". Lebhafter Beifall belohnte die Rednerin. Drei weitere Liedervorträge der Mandolinenkapelle leiteten zum Tanz über. Eine besondere Überraschung brachte das Auftreten einer jugendlichen Künstlergruppe, die während einer Tanzpause Volkstänze darbot.

Landesverband Niederschlesien.

Die Ortsgruppe Hirschberg i. Riesengeb. hielt am 15. Januar 1931 ihre Hauptversammlung ab, zu der Herr Müller-Striesewitz, der Vorsitzende des Landesverbandes, erschienen war. Der Jahresbericht ergab ein zufriedenstellendes Bild. Der Mitgliederbestand hat sich gehalten. Die Kassenverhältnisse sind in guter Ordnung. Vom Vorsitzenden des Landesverbandes wurde dem Vorsitzenden der Ortsgruppe, Steuerinspektor Lange, in Anerkennung seiner Mitarbeit an der ostmärkischen Sache die Ehrenurkunde überreicht. Ausführlich gedachte der Vorsitzende der Schreckenstage, welche unsere Landsleute bei den Wahlen zum polnischen Sejm und zum ostoberschlesischen Landtage haben erdulden müssen. Ihrer Empörung über die von den Polen verübten Grausamkeiten gab die Ortsgruppe in einer an die große Berliner Ostbundkundgebung gerichteten Entschließung Ausdruck. Der Vorsitzende des Landesverbandes gab alsdann einen kurzen Überblick über Ostbundfragen und über die politische Lage.

Landesverband Schlesien.

Die Ortsgruppe Glatz hatte sich am 28. Dezember im „Römischen Bad" zu einer Weihnachts- und Gedenkfeier zusammengefunden. Ein Streichquartett leitete mit klassischer Musik die Veranstaltung ein. Der Vorsitzende, Studienrat Laskowsky, wußte alle in seiner Ansprache durch treffende Worte für die verlorene Heimat zu begeistern. Er erinnerte an den Polenaufstand und an den Heldentod der braven 6er, die sich in der Grenadierkaserne in Posen lieber erschlagen ließen, als von ihrem Posten zu weichen, und an die Fliegerhelden von Lawitza, die in ihren brennenden Flugzeughallen zu sterben bereit waren, um den Aufständischen kein Flugzeug überlassen zu müssen. Ein tiefes Erlebnis war das von der Jungschar Hermann Balk aufgeführte Krippenspiel nach Motiven von Musikdirektor Georg Amft-Habelschwerdt, das zum Teil in Grafschafter Mundart gesprochen wurde. Frau Studienrat Laskowsky gebührt besonderer Dank für die sorgfältige Einstudierung. Ein Zwergenreigen der Kleinen, einstudiert von Frau Veterinärrat Ruppert, und ein Zwiegespräch zwischen einem kleinen und einem großen Jungen über den Weihnachtsmann fanden allseitige Anerkennung. Die gute Bühnenbeleuchtung war durch Landsmann Ingenieur Peuckert in entgegenkommender Weise hergestellt, wofür ihm an dieser Stelle besonderer Dank gesagt sei. Fröhliche Weihnachtslieder leiteten zum heiteren Teil der Feier über, zu Verlosung und Tanz.

Die Ortsgruppe Militsch hielt am 14. Dezember ihre Monatsversammlung ab, die sich eines regen Besuches erfreute. Nach einleitenden Worten des Vorsitzenden, des Herrn Rechtsanwalts Dr. Sgaslik, sprach Herr Streubel-Breslau über „Rettet den Osten". Redner behandelte in zweistündigem Vortrag die Arbeiten, die im Deutschen Ostbund geleistet worden sind und geleistet werden; ferner die Entschädigung, Nachentschädigung, Schlußentschädigung, Härtefonds, Emigrantensteuer, Liquidationsschäden, Osthilfe und Notverordnungen. Er führte weiter aus, daß es nicht die Aufgabe des Bundes sei, sich bloß mit Entschädigungsfragen zu befassen. Das Unrecht der Grenzziehung verpflichte den Ostbund zu rastloser Arbeit. Die Zukunft Deutschlands sei eng mit den Geschicken der Ostmark verbunden; wenn Deutschland leben wolle, dürfe die Ostmark kein „Land im Schatten" bleiben, sondern müsse sie ein „Land an der Sonne" werden. Er schloß seine Ausführungen mit der Aufforderung, sich im Rahmen des Deutschen Ostbundes, des Vorwärtskämpfers für den Osten, noch enger zusammenzuschließen, zur Rettung des deutschen Ostens. Die Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen.

Landesverband Vorpommern.

Ortsgruppe Stralsund. 1. Kassenf. G. Hoffmann; 2. Kassenf. M. Henke.

Landesverband Ostpommern.

Die **Ortsgruppe Bütow** hielt am 4. Januar im „Bütower Hof" ihre Jahresversammlung ab. Der Vorsitzende, Schlachthofdirektor Dr. Jesse, gedachte in seinen Begrüßungsworten der Erfolge, die der Ostbundarbeit im alten Jahre beschieden waren. Wenn auch viele Wünsche nicht erfüllt sind, so wollen wir den Mut nicht sinken lassen und hier an der Grenze bei jeder Gelegenheit den Ostbundgedanken in das Volk tragen und auf die Notwendigkeit der Grenzrevision hin-

weisen. Der Schatzmeister Kastner erstattete den Kassenbericht, Lehrer Maschke den Jahresbericht. Im Jahre 1930 sind acht Sitzungen, eine große Kundgebung, an der Herr Bundespräsident Ginschel teilnahm, und ein Sommerfest abgehalten worden. Der Versammlungsbesuch war befriedigend, und in allen Sitzungen ist ernste Arbeit geleistet worden, um das vordringende Polentum einzudämmen. An Stelle des verzogenen 2. Schriftführers Gustav Bahr wurde der Kaufmann Paul Makowski in Bütow gewählt.

Landesverband Freistaat Sachsen.

Die Ortsgruppe Dresden nahm in der stark besuchten Dezemberversammlung aufs entschiedenste Stellung gegen den unerhörten Polenterror. Der 1. Vorsitzende, Oberfachschulrat Fratzke, forderte, daß die Reichsregierung ihre übervorsichtige Haltung gegenüber Polen aufgebe. Haß, Chauvinismus des Aufständischenverbandes und vor allem das böse Gewissen vor der einmal kommenden Kennzeichnung des Unrechtes der polnischen Politik und der deutschen Ostgrenzen vor einem internationalen Forum seien die Triebfedern der Handlungsweise Polens. Während auf deutscher Seite eine schwache Division Reichswehr über die ganze Provinz Ostpreußen verteilt sei, schiebe Polen Divisionen auf Divisionen in den Weichselkorridor und gegen Ostpreußen, so daß im Kriegsfalle Ostpreußen in ein paar Tagen überrannt werden könne. Jeder Kenner polnischer Mentalität, polnischen Geistes und Charakters wisse, daß dieses Volk, das mit am längsten die Sklaverei, die Leibeigenschaft erlebt habe, nur dann von unrechten Wegen zurückweiche, wenn es eine energische Faust sich gegenüber sehe. Auch habe Deutschland ein reines Gewissen in der Minderheitenpolitik. In Deutschland freiwillige mustergültige Minderheitenpolitik — in Polen dagegen vollkommene Nichtachtung des Minderheitenschutzvertrages. Bei so einseitiger Beachtung von Verpflichtungen müsse nunmehr eine Umkehr der deutschen Polenpolitik eintreten, wie sie auch der bisherige volksparteiliche Reichstagsabgeordnete Freiherr v. Rheinbaben fordere.

Landesverband Magdeburg.

Die Ortsgruppe Magdeburg hielt am 19. Januar ihre Jahreshauptversammlung im „Hofjäger" ab. Nach seiner Begrüßungsansprache gedachte der 1. Vorsitzende, Herr Scheibner, mit warmen Worten des Heimgangs eines der ältesten Mitglieder, des Herrn Pakulat. Hierauf sprach Landsmann Kaul von der Ortsgruppe Schönebeck über seine Reise durch die verlorenen Ostgebiete. Er schilderte die Not der in Polen verbliebenen Deutschen, namentlich derjenigen auf dem Lande. Immer wieder hörte er den Notschrei: „Deutschland verlaß uns nicht!" Seine Worte waren eine ernste Mahnung, die ihre Wirkung nicht verfehlte. Den gleichen Erfolg hatte der zweite Teil seines Vortrages: „Südwest-Afrika". Kaul hat vor dem Kriege lange Jahre als Farmer in Südwest-Afrika gelebt, so daß er Selbsterlebtes erzählen und durch Lichtbilder, die er selbst aufgenommen hat, erläutern konnte. Der geschäftliche Teil brachte die Jahresberichte der Ortsgruppe, der Frauengruppe, der Jugendgruppe und des Kassierers sowie der Rechnungsprüfer. Hierauf erfolgte die Wahl des Vorstandes. Der langjährige 1. Vorsitzende, Herr Scheibner, wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt; auch die übrigen Vorstandsmitglieder blieben in ihren Ämtern.

Die Ortsgruppe Stendal hielt am 11. Januar ihre Jahreshauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Paetzold, gab geschäftliche Dinge bekannt. Den Kassenbericht gab Kassierer Gabbert. Entlastung wurde erteilt. Der gesamte Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Fahnenträger wurde Herr Höft, Begleiter die Herren Krötzke und Balzer. Als Kassenprüfer wurden die Herren Hell und Zanker gewählt. Das Stiftungsfest soll am 7. März im „Schützenhause" gefeiert werden.

Die Ortsgruppe Wernigerode hielt am 10. Januar d. J. im Hotel „Reichshof" ihre Hauptmitgliederversammlung ab, in der nach den Begrüßungsworten der 1. Vorsitzende, Herr Galewski, an die Herren Medizinalrat Dr. Schöppwinkel, Trojahn und Schümann Treu-Ehrenzeichen überreichte und den Jahresbericht erstattete. Den Kassenbericht gab der Schatzmeister, Herr Bahr, der das Vereinsvermögen in vorbildlicher Weise zu vermehren verstanden hat. Die Versammlung erteilte Entlastung. Nach Annahme neuer Satzungen wurde der gesamte Vorstand neu gewählt: 1. Vors. Kaufmann Galewski; stellv. Vors. Schneidermeister Schirrmann; Schatzmeister Reichsbahnsekretär Bahr; Schriftf. Reichsbahnassistent Mundt; stellv. Schriftf. Polizei-Hauptwachtmeister Meyer; Beisitzer die Herren Kaufmann Hartmann, Oberbahnhofsvorsteher Grothe, Medizinalrat Dr. Schöppwinkel und Frau Schweinshaupt. Am 7. Februar, abends 8 Uhr, fand im „Nöschenröder Schützenhaus" das Stiftungsfest, am 16. Februar, abends 9 Uhr, im Hotel „Reichshof" wieder eine Mitgliederversammlung statt.

Landesverband Hannover-Braunschweig.

Ortsgruppe Goslar. Am 13. Januar 1931 fand unsere gut besuchte Jahresversammlung statt. Der 1. Vorsitzende, Herr Nappmann, gab den Geschäftsbericht und der Kassenführer den Kassenbericht. Dem Schatzmeister, Herrn Ebel, wurde der Dank ausgesprochen und Entlastung erteilt. Die ausscheidenden Vorstandsmitglieder: der 1. Vorsitzende, Herr Nappmann, der 2. Vorsitzende, Herr Jahnke, und die Beisitzerin Frau Beck wurden einstimmig wiedergewählt.

Landesverband Hessen-Nassau.

Die Ortsgruppe Hanau a. Main feierte am 21. Dezember ihr Weihnachtsfest im überfüllten Saal des Parkrestaurants. Nach einem einleitenden Musikstück und den Begrüßungsworten des Vorsitzenden, Justizinspektors John, folgte in Form eines Melodramas eine Darstellung der Entstehung des Weihnachtsliedes „Stille Nacht". Gemeinsam gesungene Weihnachtslieder wechselten mit Darbietungen der Kinder ab, die allgemeinen Beifall fanden. Mehr als 60 Kinder wurden reich beschenkt. Der zweite Teil der Feier war der verlorenen Heimat gewidmet. Als lebende Bilder wurden gezeigt: Mette von Marienburg und die geknechtete Ostmark. Darauf folgte das von der Jugendgruppe gut gespielte Stück „Die Schwerterweihe". Der „Gotentanz" der Jugendgruppe beschloß das Programm. Dank allen, die zum Gelingen des Abends beigetragen haben, vor allem den Damen wie Frau John für die Leitung und Beaufsichtigung aller Vorarbeiten, Frau Heßke, dem Knecht Ruprecht und den anderen freudigen Helfern.

Mitteilungen aus der ostdeutschen Heimat.

Persönliches.

Dr. Hartz Prälat von Schneidemühl.

Die Apostolische Nuntiatur in Berlin teilt mit, daß der Papst Herrn Dr. Franz Hartz, Mitglied des Kathedralkapitels von Berlin, zum Prälaten der „Praelatura Nullius" Schneidemühl gemäß des Konkordates ernannt hat. Durch die Berufung des Prälaten Kaller auf den Bischofsstuhl von Ermland war die Prälatur Schneidemühl verwaist. Dr. Franz Hartz steht im 48. Lebensjahre. Er entstammt der Diözese Münster und hat auch seine Studien an der Universität Münster absolviert. 1908 zum Priester geweiht, war er zunächst als Kaplan, dann als Domvikar zu Münster und als Regens in einem Knabenkonvikt tätig. 1922 kam Dr. Hartz als Seelsorger nach Berlin.

Hans Adolf von Moltke,

der bisherige Dirigent der Osthilfe-Abteilung im Auswärtigen Amt, ist zum Gesandten in Warschau ernannt worden. Er wird am 26. Februar sein neues Amt antreten. Herr v. Moltke wurde im Jahre 1913 als preußischer Regierungsassessor zum Attaché berufen und sogleich nach Athen versetzt. 1914 wurde er der Botschaft in Konstantinopel überwiesen, er trat dann in den Heeresdienst ein. 1919 war er Geschäftsträger in Stuttgart und wurde dann 1922, zum Legationssekretär ernannt, der Gemischten Kommission für Oberschlesien als Mitglied zugeteilt. 1925 wurde er Botschaftsrat in Konstantinopel, und seit 1928 Dirigent der Ostabteilung im Auswärtigen Amt.

Professor Frey †.

Ein angesehener Führer ist durch den Tod aus den Reihen der Kämpfer für die Befreiung der Ostlande geschieden. Professor Frey-Hannover war in weiten Kreisen sehr bekannt durch sein langjähriges Wirken erst am Auguste-Viktoria-Gymnasium in Bromberg, dann am Friedrich-Wilhelms-Gymnasium in Posen, ferner als Bundesvorsitzender des Deutschen Bienenzüchterverbandes und als Redakteur der Posener „Imker-Zeitung" wie des Bundesorgans der deutschen Imker. Während des polnischen Aufstandes stand er in den ersten Reihen der Deutschtumsbewegung. Nach der Verdrängung und Übersiedlung nach Hannover sammelte er sofort alle verdrängten Ostmärker und gründete 1919 den Verein heimattreuer Ostmärker, der als Ortsgruppe dem Deutschen Ostbund angehört. Sein erstes Wirken galt der Not der Verdrängten. Unendlich viele Wege ist er oft in der Eigenschaft als Bittender für arme und hilflose Flüchtlinge gegangen. Als die Not in diesen Reihen immer größer wurde, hat er in allen Kreisen der Stadt Hannover für die Unterstützung dieser vom Schicksal hart betroffenen deutschen Brüder und Schwestern geworben. Er wurde durch seine unermüdliche Hilfsbereitschaft und Fürsorge der Vater der ostmärkischen Flüchtlinge. Ein besonderer Auftrag der Reichsregierung berief ihn als Sachverständigen für die Bienenzucht Deutschlands nach Spaa. Auch hier hat er all sein Wirken für eine Milderung der unsinnigen Versailler Friedensbedingungen eingesetzt. Nach fast 10jähriger Tätigkeit als 1. Vorsitzender der Ortsgruppe Hannover mußte er aus Gesundheitsrücksichten sein Amt zur Verfügung stellen. Die Ortsgruppe wählte ihn in Anerkennung und Dankbarkeit für die geleisteten Dienste zum Ehrenvorsitzenden. Wer Professor Frey als Menschen und Landsmann kennengelernt hat, fühlte aus seinen Reden die innige Verbundenheit mit der ostmärkischen Heimat und die väterliche Hand des Beschützers auch in schwerster Not. Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Pfarrer Pelz-Kassel 50 Jahre alt.

Am 7. März vollendet der 1. Vorsitzende der Ortsgruppe Kassel, Pfarrer Pelz, sein 50. Lebensjahr. Gleichzeitig kann er auf eine 25jährige Berufstätigkeit zurückblicken. Er wirkte bis zu seiner

grundlosen Ausweisung aus dem abgetretenen Gebiet im Jahre 1923 während der ganzen Zeit im Osten, zunächst im Lehr- und Pfarramt und später als Verbandsdirektor in der Raiffeisenbewegung. Als solcher ist er Mitbegründer des deutschen Landbundes „Weichselgau" im Korridorgebiet. Als Verbandsdirektor hat er sich in den kritischen Jahren 1918—1923 besonders um die Erhaltung des Deutschtums in Pommerellen (Westpreußen) bemüht, was den Polen wohl Veranlassung zu seiner Vertreibung bot. Leider hat sich Pfarrer Pelz infolge der mit seiner Ausweisung verbundenen Umstände ein schweres inneres Leiden zugezogen, das ihm seit fünf Jahren jede Tätigkeit erschwert. Für die Ostland- und Ostbundinteressen aber ist er, soweit ihm das seine angegriffene Gesundheit erlaubt, unermüdlich tätig. Die Ortsgruppe Kassel steht seit 1929 unter der Leitung des verdienstvollen Mannes.

Emil Kleinert 73 Jahre alt.

Eine in Bromberg sehr bekannte Persönlichkeit, der Gastwirt Emil Kleinert in Schleusenau, begeht am 6. März seinen 70. Geburtstag. Er betrieb schon in deutscher Zeit seine Saal- und Gartenwirtschaft an den Schleusen seit Jahrzehnten mit bestem Erfolge und hat sich infolge seiner Tüchtigkeit und seines Ansehens auch unter polnischer Herrschaft halten können. Da die Bromberger seinen Garten als Kaffee-Station betrachteten und viele Bromberger und Schleusenauer Vereine regelmäßig ihre Veranstaltungen in seinem großen Saale abhielten, so ist der Kreis seiner Bekannten und Freunde groß. Mög ihm in der alten Heimat ein glücklicher Lebensabend beschieden sein!

Direktor Gustav Nehring †.

Am 16. Februar ist der Güterdirektor Gustav Nehring, der seit 1903 im Dienste des Grafen Sigismund Raczynski auf Obersitzko stand und dessen Generalbevollmächtigter war, nach kurzem schweren Krankenlager gestorben. Er genoß, wie Graf Raczynski in einem Nachruf im „Posener Tageblatt" erklärt, sein vollstes Vertrauen.

*

Vermählt: Kurt Behnke, früher Czempin und Posen, mit Fräulein Klara Seifert, Neukölln, jetzt Berlin-Tempelhof, Berliner Straße 170, Eisenbahn-Siedlung H. 3, am 21.2.

Die goldene Hochzeit feiert Sonntag den 1. März ein ostmärkisches Ehepaar, Julius Weidemann und Alwine, geb. Arndt, in Haltern (Westf.), Gastliege 1, 75 bzw. 69 Jahre alt. Der Jubilar ist in Pustachowo bei Gnesen geboren und besaß dort eine von seinem Vater ererbte gutgehende Landwirtschaft. Seine Ehefrau stammt aus der ehemals reindeutschen Nachbargemeinde Grünfeld, in der ihre Angehörigen noch heute wohlsituierte altstämmige Gutsbesitzer sind. Weidemann war viele Jahre Gemeindevorsteher, Mitglied des evgl. Kirchenrats, Geschworener und Schöffe und bekleidete noch allerlei andere Ehrenämter. Zu seiner über 100 Morgen großen Landwirtschaft gehörte ein etwa 8 Morgen großer See, an dem die Verwaltung des 12. Dragonerregiments in Gnesen eine Militärbadeanstalt errichtet hatte. Infolgedessen stand er in stets guten Beziehungen zu den Angehörigen dieses Regiments, die bei ihm ein immer gastliches Haus fanden. Das Trompeterkorps vergaß es daher nie, ihm zu seinem Geburtstage ein gelungenes Ständchen zu bringen. Nach dem Verkauf der Landwirtschaft wohnte das Ehepaar vorübergehend in Morgenau und Gnesen; nach dem polnischen Umsturz zog es seinen Kindern nach Westfalen nach.

Bejahrte Ostmärker: Rentner August Körnig in Neustettin, Stolterstr. 22, früher Nakel und Bromberg, am 3. 3. 90 J.; Frau Albertine Hoffmann, Königsberg, Yorckstr. 85, früher Mogilno, Prov. Posen, am 1. 3. 74 J.; Amalie Schneider, Zerbst, Bahnhofstr. 56, früher Posen, Töpfergasse 3, am 1. 3. 82 J.; Rechnungsrat Gustav Neumann, früher Gnesen, Schneidemühl, Bromberg, jetzt mit seiner Ehefrau Wally, geb. Huttersloh, in Altenburg a. S. bei Naumburg a. S., Nauendorfweg 18, am 7. 3. 72 J.; Kantor i. R. Ferdinand Bensch, früher in Bromberg und Rzeczkowo, jetzt in Liegnitz, Nicolaistr. 5, am 23. 2. 75 J.; Lehrer i. R. Johann Müller in Berlin N 31, Wolliner Str. 46, früher in Lindebuden, Krs. Flatow, am 26. 2. 88 J.; Hermann Röhnert, Kassierer der Ortsgruppe Frankfurt a. d. O., am 26. 2. 71 J.; Rentier Meyer Lewinsohn, früher in Kruschwitz, jetzt Berlin, Gontardstr. 4, am 1.3. 88 J.; Lehrer Friedrich Schulz in Freienwalde i. Pom., Kr. Saatzig, früher in Biegomin-Hauland, Kr. Pleschen (1890—1925 am 23.1. 70 J.; Privatier Wilhelm Röhr in Reinickendorf-Ost, Residenzstr. 80, III am 2. 3. 75 J. und seine Ehefrau Bertha geb. Konitz am 5. 3. 66 J. (früher in Wronke in Posen).

Gestorben: Gutsbesitzer und Stadtrat a. D. Alfred Oertner in Lissa am 15. 2., 69 J.; Albert Boese in Kattun bei Schneidemühl am 18. 2., 62 J.; Fleischermeister Rudolf Bayer sen. in Frankfurt a. d. O. am 18. 2., 74 J.; Kaufmann Max Robert in Frankfurt a. d. O. am 18. 2., 60 J.; Frau Agatha Pufahl, geb. Sydow, in Schneidemühl am 16. 2., 62 J.; Frau Auguste Brehmer, geb. Galow, verw. Steinke, in Schneidemühl am 15. 2.; Landwirt Christian Holste in Ludomy am 10. 2., 72 J.; Frau Pauline Schiller in Sowinki bei Posen am 9. 2., 78 J.; Witwe Pauline Müller, geb. Borg, Kassel, Graben 24, früher Dubelno, Krs. Schwetz, am 15. 2., 67 J.; Eisenbahnstellwerkmeister i. R. Adolf Gutsch, Berlin-Reinickendorf-Ost, Nordbahnstr. 18, früher Posen, am 18. 2., 71 J.; Gastwirt Max Barz in Gora bei Znin am 27. 1. (B. wurde von zwei polnischen Banditen ermordet; die Täter wurden in Bromberg verhaftet); Altsitzerin Frau Auguste Richter, geb. Potratz, Lodzia, früher Nimtsch bei Bromberg, am 18. 1., 84 J.; Regierungsinspektor Max Schube in Potsdam, Hessestr. 9b, früher bei der Regierung in Posen, am 2. 1.; Richard Neumann, der letzte deutsche Stadtbaumeister von Ostrowo, zuletzt Kreisbaumeister in Oels, Marienstr. 11, am 11. 2. (N. war viele Jahre als Architekt bei der Ansiedlungskommission in Posen tätig); Witwe Stein in Tarnowo bei Rakwitz am 13. 2., 93 J.; Witwe Pauline Grunwald, geb. Mai, in Tornowo bei Rakwitz am 14. 2., 62 J.; Altsitzer Rudolf Kreutziger in Tarnowo bei Rakwitz am 15. 2., 75 J. (K. war über 25 Jahre Gemeindeschöffe, Mitbegründer der Spar- und Darlehenskasse von Tarnowo; einer seiner beiden Söhne fiel bei Peronne; der zweite ist Vorstandsmitglied der Ostbundortsgruppe Sommerfeld); Bernhard Grün, früher Pinne, jetzt Berlin-Tempelhof, Arnulfstr. 75, am 6. 2., 72 J.; Frau Elisabeth Ivers, geb. Kaden, Posen, am 21. 12., 50 J.; Landwirt Otto Walter in Siekierki Male am 21. 2., 50 J.; Frau Marie Elisabeth Streiter, geb. Thorein, in Frankfurt a. d. O. am 23. 2., 83 J.; Frau Johanna Kurzig, geb. Haake, in Frankfurt a. d. O. am 22. 2., 38 J.; Tischlermeister Gustav Brettner in Frankfurt a. d. O. am 21. 2., 69 J.; Eisenbahnsekretär i. R. August Schulz in Frankfurt a. d. O. am 21. 2., 63 J.; Orgelbauer Hermann Hähn in Frankfurt a. d. O. am 22. 2., 72 J.; Fabrikdirektor Dr. phil. Karl Wilhelm Blumenthal, Leiter der Stärke-Zuckerfabrik A.-G. vorm. C. A. Koehlmann & Co., Frankfurt a. d. O., früher Posen, Mitglied des Vereins ehem. Angehöriger des 1. Posenschen Feld-Art.-Regts. 20 und des Vereins ehem. Kameraden des 5. Armeekorps in F., am 21. 2.; Musikdirektor Albert Clemens in Beeskow am 21. 2., 80 J.; Frau Lina Horschke, geb. Lerch, in Schneidemühl am 21. 2., 63 J.; Stadtobersekretär i. R. Kurt Schulz in Stettin, Grünstraße 39, am 8. 2., 44 J. (verh. mit geb. Emma Weiß, Tochter des verstorbenen Oberwachtmeisters Weiß aus Adelnau).

*

Aus der uns verbliebenen Ostmark.

Grenzmark Posen-Westpreußen, mittlere Ostmark und Pommern.

Meseritz. Ab 1. März wird die Landpostverkraftung beim Postamt Meseritz eingerichtet. Zunächst werden folgende zwei Strecken gefahren: 1. Meseritz—Betsche—Wierzebaum—Prittisch—Schwerin a. W.—Meseritz und 2. Meseritz—Hochwalde—Langenpfuhl—Starpel—Meseritz. Die Fahrten der Kraftpost erfolgen zweimal täglich; die Wagen, die eine Tragfähigkeit von 750 Kg. haben, leisten im Durchschnitt in der Stunde 45 bis 50 Km. Sie sind außer zur Beförderung sämtlicher Postsachen auch im geringen Umfang für den Personenverkehr eingerichtet.

Aus der uns geraubten Ostmark.

Aus Posen.

Gnesen. Am 22. Februar überfielen vier Banditen den Müller Emil Sydow in Grabowo; der gerade zu Besuch weilende Walter Schmidt aus Potrzymowo wurde von den Banditen mit einem Beil an der Hand und durch einem Revolverschuß am Oberarm verletzt. Bargeld und Schmuck fielen den Dieben in die Hände.

Aus Westpreußen.

Neustadt (Wpr.). Im Herbst 1931 jährt sich zum 25. Male der Tag, an welchem die ersten Lehrer das Neustädter Seminar verließen. Schon oft ist von den ehemaligen Neustädtern der Wunsch geäußert worden, eine Wiedersehensfeier aller Jahrgänge des Seminars und der Präparandenanstalt mit Einschluß der Lehrkörper zu veranstalten. Dieser Wunsch soll verwirklicht werden: Die Wiedersehensfeier wird Ende Juli in Danzig stattfinden. Geplant ist, von Danzig aus die alte Seminarstadt Neustadt (Wpr.) gemeinsam zu besuchen. (S. Anzeigenteil.)

Für die nicht von der Bundesleitung veranlaßten Anzeigen im Anzeigenteil kann eine Haftung nicht übernommen werden.

Diese Nummer umfaßt einschließlich der Beilage „Am ostmärkischen Herd" 16 Seiten.

Schluß der Inseraten-Annahme jeweils Mittwoch mittags 12 Uhr für die nächstfolgende Nummer.

Nachruf.

Heute nachmittag entschlief nach kurzem, schwerem Leiden unser langjähriger Vorsitzender und Ehrenvorsitzender

Herr Professor August Frey.

Der Verein und die Ostmark verlieren einen großen Führer, die bedrängten Flüchtlinge ihren Vater.

Hannover, den 20. Februar 1931.

In tiefer Trauer

Deutscher Ostbund, Ortsgruppe Hannover (Verein heimattreuer Ostmärker).

Ballenstedt, den 18. 2. 31.

Die Ostbund-Ortsgruppe Ballenstedt erfüllt hiermit die schmerzliche Pflicht, von dem unerwarteten Ableben ihres lieben Freundes und treuesten Mitgliedes, Herrn

Max Gericke

in Gernrode, vormals Eisenbahnsekretär in Gnesen, Kenntnis zu geben.

Der Deutsche Ostbund Ortsgruppe Frankfurt/O.

feiert am **Sonntag, 8. März** cr., Beginn 4 Uhr nachmittags, im **Ballhaus Sanssouci** sein

11. Stiftungsfest

wozu alle Ostmärker herzlich eingeladen werden.

Der Vorstand.

OSTMÄRKER!

Mecklenburgische Landhöfe und kl. Grundstücke. Reelle provisionsfreie Vermittlung.

Bauernhof, 220 Mg. Land, teilweise Weizenboden, 26 Mg. Wiese, 40 Mg. Koppel, sehr gute mass. Gebäude (Hartdach), guter Viehbestand, totes Inv. kompl. Preis 55000 M., Anz. 20000—25000 M., Restgeld n. Vereinb.

In kleiner Stadt **Mecklenburgs Grundstück** in der Hauptstraße mit großen Stallungen u. Räucherei, passend für Holz, Kohlen und Düngemittel, auch Fuhrwesen, da selbiges nicht am Ort. Preis 11000 M., Anzahlung 5500 Mark, Restgeld zu 6% stehenbleibend.

2-Wohnungs-Haus m. Stallg. u. 74 Ruten Garten hinterm Haus sowie 4 Mg. Land und Wiese. Preis 7000 Mark, Anzahlung 3000 Mark, Restgeld 5 Jahre fest zu 6% Zinsen.

3-Wohnungs-Haus mit Garten, 6 Mg. Land und Wiese, 2 Mg. Pachtland, in lebhaftem Dorf gelegen. Preis 8000 M., Anz 3600 Mark, Restgeld zu 6% stehenbleibend.

Näheres durch **Alfred Ahrndt,** Strelitz-Alt i. Mecklbg., Neustrelitzer Str. 43a.

Ca. 8000 neue

Kaffeesäcke

aus starkem Gerstenkorn-Handtuchstoff, unzerschnitten, ungenäht und ungebraucht, weiß mit rotem Rand, ganz billig. Jeder Kaffeesack enthält 2 gute, waschechte Handtücher **Preis per Sack 68 Pfg. 1 Sack = 2 Handtücher.** Abgabe nicht unter 10 Stück, bei 30 Stück franko. Versand p. Nachnahme ohne Zwischenhandel, direkt an Private. Geld zurück bei Nichtgefallen.

Herbert Scharrelmann, Bremen, Mathildenstraße 99.

An allen Plätzen Kaffee-Vertreter gesucht. Guter Verdienst.

Hausgrundstück

mit Mietswohnung, elektr. Licht, Obstgarten und Stallung, Nähe vom Wasser gelegen, zu verkaufen in der Uckermark. Gefl. Zuschriften unter F. 100 **postlagernd Milmersdorf, Kreis Templin.**

Besseres

Zinshaus

fast neu, im Kreise Waldenburg mit freiwerdender 5-Zimmer-Wohnung, Umstände halber sofort zu verkaufen. Preis 25000 Mark, Anz. 12000 Mark. Nur an Selbstkäufer. Zuschriften unter 110 postlagernd Wüstegiersdorf (Schlesien).

Todeshalb. Grundstück verkäuflich, geeignet zu

Gasthof und Autobetrieb

in Schwiebus. Massives Wohnhaus und Stallungen, großer Hof, nach 2 Straßen durchgehend. Angebote an

Jänisch, Berlin W. 30, Nollendorfstraße 5 erbeten.

Ostmärker!

tretet unserer Sterbekasse bei. Auskunft erteilt die Bundesleitg.

Sehr gutes Zinshaus

äußerst preiswert, etwa 8000 Rm. Überschuß, an einen Verdrängten, der erstmalig nach der Abwanderung kauft, mit 25000 Rm. Anzahlung zu verkaufen.

Ebenfalls offeriere ich weitere sehr gute Zinshäuser bei einer Anzahlung von 10000 Rm. an.

Wilhelm Hasse, Berlin O 34, Richthofenstraße 23. Fernspr.: Königstadt 9462.

Habe ständig i. gr. Auswahl:

Güter von 300—5000 Mg., Landwirtsch. von 5—300 Mg., Gasth. i. Stadt u. Land z. verp. u. z. verk., desgl. auch Hotels, dar. 1 pr. Prov.-Reisehotel zu verp., gutgeh. Bäckerei., Kolonialw.-Geschäfte, Grundst., Schmieden, Schlossereien, Autowerkstätt., Fleischereien. Obj. sind mit u. ohne Grundstück zu verp. u. zu verk. Es ist jetzt die beste Gelegenheit z. kauf.; denn die Preise werden nicht mehr lange so tief stehen.

H. Buchholz, Wriezen/Oder Frankfurter Str. 11. Tel. 276. Rückporto.

Neustadt (Westpr.)

Wiedersehensfeier sämtl. Jahrgänge des Seminars und der Präparandenanstalt mit Einschluß der Lehrkörper **Ende Juli 1931 in Danzig.** Näheres: **Lehrer Troyke, Praust, Freie Stadt Danzig.**

Arbeitsfreudiger

Bau- und Möbeltischler

(Jungscharmitglied) **sucht passende Beschäftigung.** Angebote unter 761 an das Ostland erbeten.

Alle Landsleute aus

Schöneck (Westpreußen)

in Berlin und Umgegend melden sich **zwecks Gründung eines Vereins** beim Landsmann **Conrad Martschinke, Bln.-Tegel,** Treskowstraße 16.

Wir suchen Stellung für

1 **Deputatfamilie,** nur auf gr. Gut, (5 männl., 2 weibl. Arbeitskräfte) im Dränagebau sehr bewandert.

1 **Arbeiter,** 26 J., led., in Fabrik, evtl. als Kutscher, nur Berlin.

1 **Sekretärin,** Stenotypistin, 25 J. (m. engl. Kenntn.), mögl. Bln.

1 **Journalistin,** 48 J., led., Gegend gleich.

1 **Stenotypistin,** 18 J., in Berlin od. Vorort.

1 **geb. ältere Dame,** 51 J., im Bürodienst.

Angebote erbittet **die Stellenvermittlung des Deutschen Ostbund. E. V., Bln.-Charlottenburg 2,** Hardenbergstraße 43, VI, Fernspr. C. 1, Steinplatz 8031.

Spottbillig!

Nur einmaliger Posten!

Ca. 3000 Bettücher

Größe 140×200 cm, pro Stück 1,95 Mark, aus starkem, feinem Gewebe, weiß. Versand nicht unter 6 Stück, bei 12 Stück portofrei geg. Nachnahme.

Da Posten schnell vergriffen, Eilbestellung an **Herbert Scharrelmann, Bremen,** Mathildenstraße 99.

Volle Garantie. Bei Nichtgefall. Rücknahme.

Wer verhilft verarmten Ostmärker zu einer **Portierstelle** oder ähnlichem? Angebote unter 766 an das Ostland.

Suche zu kaufen (als Ruhesitz), nahe Frankfurt (Oder)

kl. Landhaus

mit Stallung, Obstgrt., zirka 3 Morgen Land mit Wiese. Angebote unter 755 an das Ostland erbeten.

Heirat u. Existenz

wünscht solider, 40 jähr. Büfettier, eigene Ersparnisse 6000 M. Gef. Angebote möglichst mit Bild unter 759 an das Ostland erbeten.

Junggeselle, 30 Jahre, evgl., Posener, große Erscheinung, wünscht

Heirat

mit Landwirtstochter, Ersparnisse 4000 Mark, Einheiraten in Landwirtschaft bevorzugt. Offerten unter 748 an das Ostland erbeten.

Landwirt mit mittlerer Besitzung, Ende 30er, wünscht Landwirtstochter zwecks baldiger

Heirat

kennenzulernen. Off. mit Bild und Vermögensangabe unter 746 an das Ostland erbeten.

Wer kennt

die Anschrift des **Uhrmachermeisters Robert Fiedler, früher Stadt Posen, Halbdorfstr. 3.** Angaben an **C. Geißler, Bad Freienwalde a. O.,** Linsingenstr. 1a, erbet.

Wer kennt

die Anschrift des Herrn **Anton Becker, fr. Groß-Elsingen, Krs. Wirsitz, Pr. Posen?** Nachricht erbittet

Wilhelm Ninninsland, Neudorf, Kreis Lüben/Schlesien.

Schwingpflüge

einscharig, bestes Material, leichter Gang, etwa 32 und 35 kg schwer, **jetzt billiger!** 20 M. pro Stück frei jeder Bahnstation. Lieferung sofort.

Bruno Polster, Obernigk, Bezirk Breslau.

Verwertung von

Entschädigungs- und Schuldbuchforderung.

Beratung, Vorschüsse, Beleihung

Ankauf zu höchsten Kursen und schnellstens durch

Ostmärker-Aufbau G.m.b.H.

jetzt: Berlin W 9, Potsdamer Str. 22 B, II
Telephon: B 1 Kurfürst 2775.

Wir haben noch einige

Bauernstellen

in der Größe von 60—70 Morgen in **Friedrichshof, Kreis Prenzlau/Um.**, und **Klein-Zastrow, Kr. Greifswald/Pom.**, mit guten Gebäuden u. Ernte abzugeben.

Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft Deutscher Ostbund m.b.H., Berlin-Charlottenburg, 2, Hardenbergstraße 43.

Ostmärker! **Provisionsfrei!**

Glänzende Existenzen!

	Anz. M
Dampfsägewerk m. Holzbearbeitungsfabrik, Holzhandlung, Ölmühle i. lebhafter Stadt i. d. Niederlausitz . . . . Preis:	43 000
Wassergrundstück m. Restaurant, Fruchtweinkelterei und Saftfabrikation i. Stralsund, Preis	80 000
Gartenrestaurationsgrundstück m. Café i. herrl. geleg. Thüringer Ausflugsort	28 000
Saal- und Gartenlokal mit Fremdenzimmern in schönster Lage eines Ausflugsortes v. Lübeck . . . . . . Preis:	90 000
Hotel a. d. Arlbergbahn i. Österreich . . . . . . Schw. Fr.	150 000
Dreifamilienhaus i. Vorort von Zürich (geeig. als Pensionshaus, Erholungsheim od. dgl.) Schw. Fr.	20 000
Auto-Reparatur- und Service-Unternehmen m. Wohngrundstück in der deutschen Schweiz Schw. Fr. 20 000 bis	30 000
Lagerei-Anwesen i. Erfurt (geeignet als Baumaterialien-, Kohlen- u. Düngemittelhandlung, auch als Autoreparaturwerkstatt)	20 000
Geschäftsgrundstück m. Konfektions- und Sportausrüstungsgeschäft in bek. Kurort des Ost-Erzgebirges . 15 000 bis	20 000
evtl. b. Stellung einer Kaution von 3000 RM. zu verpachten Pacht:	4 500
Seifen- und Parfümerieunternehmen i. lebh. Industriestadt d. Provinz Sachsen . . Preis:	20 000
Villengrdstck. Nähe Biel/Schweiz (eignet sich auch für Geschäftszwecke jeder Art) . Schw. Fr.	30 000
Landhaus m. Pension u. Hühnerzucht in Kurort b. Karlsruhe	5 000
Pensionshaus im Schwarzwald-Kurort b. Karlsruhe . . .	10 000
Holzwarenfabrik mit Wohnhaus und Gastwirtschaft in Mittelfranken	45 000
Wassermühlengrdstck. m. Wohnhaus u. Wirtschaftsgebäuden, m. etwa 16 PS Wasserkraft, b. Darmstadt	15 000
Geschäftshaus m. Schuhgeschäft i. Mittelstadt Niederschlesiens	30 000
Fabrikgrundstück einschl. Fabrikation m. zwei Wohnhäusern, Nähe Dresden	30 000

sowie viele Hundert weitere Existenzgeschäfte, auch mit Grundstück, Landwirtschaften, Gasthöfe, Geflügelfarmen usw. in allen Gegenden Deutschlands.

Geben Sie uns Ihre speziellen Wünsche an und verlangen Sie kostenlos unseren illustrierten Prospekt mit ausführlicher Beschreibung.

KOCH & Co., Berlin W 10
Hohenzollernstr. 16. Tel.: Lützow 5933.

Jeder Landwirt

sollte sich bei Bedarf in **Landmaschinen, Geräten, Ersatzteilen** an uns wenden, da wir **Preisvorteile** bieten. — Angebote völlig unverbindlich!

Landw. Warenzentrale der Grenzmark-Genossenschaften Raiffeisen G. m. b. H. Maschinenabteilung, Landsberg (Warthe)
Richtstraße 45/46. Fernruf 2551.
Früher: Landw. Zentralgenossenschaft, Posen.

Mitglieder!

Bedient Euch nach Möglichkeit Eurer Organisation und ihrer Einrichtungen.

1. Geschädigtenhilfe
Diese Abteilung hilft den Mitgliedern bei der Verwertung ihrer **Schuldbuchforderungen** und bei allen damit zusammenhängenden Angelegenheiten.

2. Versicherungsstelle
des Deutschen Ostbundes. Sie vermittelt **alle** Versicherungen zu günstigsten Bedingungen.

Deutscher Ostbund e. V. Berlin-Charlottenburg 2,
Hardenbergstr. 43. Tel. Steinpl. 8031.

---

234 Morgen große

Landwirtschaft

Bez. Köslin, gut. Mittelboden, 14 Mrg. Wiesen u. See, 30 Mrg. Gruben-, Bauholz u. Schonung, Gebäude mass. u. in gut. Zustand. Vorhanden: 4 erstkl. Pferde, 12 Milchkühe, 4 Stck. Jungvieh, 14 Schweine, div. Geflügel, volle Ernte, totes Inventar komplett, elektr. Licht, Kraft und Wasser, die Wirtschaft ist auf der Höhe, besonderer Umstände halber für 200 RM. pro Morgen sofort zu verkaufen. Anzahl. 13000—14000 RM. Raschentschlossene Käufer wollen sich unter 751 an das Ostland wenden.

Optiker Stephan

Berlin SO, Schlesische Straße 39-40
Telephon: Oberbaum 4273

Kostenlose Augenuntersuchung
Fachmännische Bedienung

Reparaturen sofort
Eig. Werkstatt im Hause

Lieferant für Krankenkassen
Mitglied der Ortsgruppe Berlin-Ost

Im Rentenguts-Verfahren haben wir in Brandenburg, Schlesien u. Westpreußen noch übergabefertige

Bauern-Wirtschaften

in Größe von 40—80 Mg. und auch kleinere Stellen frei. Außerdem können bereits jetzt **Voranmeldungen** auf zahlreiche weitere Siedlerstellen, welche am 1. Juli 1931 mit Ernte übergabefertig sind, entgegengenommen werden. Bei Eigen-Inventar geringe Anzahlung. Langfristige niedrige Resthypotheken, meist 1 Freijahr. Schuldverschreibungen und erststellige Hypotheken werden angenommen.

Auskunft kostenlos durch die

Deutsche Ansiedlungsbank
Berlin-Halensee, Seesener Straße 30.

Ostländer!

Unterstützt die Heimat!

Deckt Euren Bedarf an **Tafelbutter**, jeden Morgen taufrisch, an **Tilsiter Käse**, vollfett u. halbfett, an **Landbutter**, im Preise billiger, in Postpaketen unter Nachnahme frei Haus von der **Dampfmolkerei Engelstein**, Krs. Angerburg (Ostpr.).

Massives

Anwesen

ca. 7 Morgen, in gesund., guter, industriereicher Verkehrslage, günst. zu verkaufen. Off. unter 750 an das Ostland erb.

---

400 Drucksachen

(Briefbogen, Rechnung., Postkarten, Kuverts mit Firma) 4 M. Nachn.

Sterndruckerei,
Bernau 24/6, b. Berlin.

Möbeltransporte

in Berlin und nach außerhalb per Bahn und Automöbelwagen, Wohnungstausch, Lagerung.

Julius Schumacher Berlin W

Berlin W 30, Nollendorfplatz 7, Sammeln.: B 7, Pallas 6786

Verlag: Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 — Fernruf: Steinplatz 8031 — Postscheckkonto: Berlin 104726.
Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW, Zimmerstraße 7/8.

Am ostmärkischen Herd

Unterhaltungsblatt zu der Wochenschrift „Ostland"

Herausgegeben von Emanuel Ginschel und Dr. Franz Lüdtke
Verlag Deutscher Ostbund E. V., Berlin-Charlottenburg

Nr. 5 | **Berlin, den 27. Februar** | **1931**

Der Herr der Scholle.*)

(11. Fortsetzung.) Roman aus der Zeit des letzten polnischen Aufstandes. Von **Otto Boris.**

„Leute," brüllte er in den Saal, daß seine gewaltige Stimme den Lärm übertönte, „hier ist Herr v. Nadzinski. Er sät Uneinigkeit und Haß im Dorfe. Er hat seine Leute angestiftet, das friedliche Fest in eine Rauferei umzuwandeln. Er ist ein dummer Schnösel. Ich bin Euer alter Kazapp. Her zu mir, wer mit mir gehen will!

Raus mit Nadzinski und seinem Anhang!"

Damit warf er den zappelnden Edelmann krachend in den Saal, wo er bewußtlos liegen blieb. Ein einziger Schrei des Schreckens ertönte.

Die Deutschen scharten sich begeistert um den alten Recken. Selbst Pettelkau ergriff ein Stuhlbein. Aber auch eine stattliche Anzahl Polen schloß sich ihnen an.

Grusko sprang von der Bühne. In der Hand den kräftigen Eichenknüppel, stürzte er sich auf die Männer, die mit Nadzinski gekommen waren.

Ein unbeschreiblicher Tumult brach los. Die Polen zogen Messer und Pistolen. Blut floß.

Die Frauen flüchteten erblassend in die äußersten Winkel. Mit entsetzten Augen sahen sie dem furchtbaren Kampf zu. Frau Pettelkau erblickte ihren Mann im dichtesten Getümmel, schnaufend wie eine Dampfwalze, mit dem Stuhlbein aufräumend.

„Pettelkau, Ferdinand, was tust du?" schrie sie auf. Dann schlug sie die Hände vors Gesicht.

„Sie haben den Klaus erschossen", zeterten grelle Weiberstimmen. Der deutsche Bauer griff mit den Händen nach der Brust und fiel in den Saal. Sein Blut ergoß sich in breiter Lache auf die Dielen.

„Schlagt die Hunde tot!" dröhnte die Stimme des alten Grusko. Von seinem Eichenstock hatte er nur noch einen Stumpf. Da warf er ihn fort und griff auch zum Stuhlbein.

Knoks, Klose, Wilhelm und Gottlieb hielten sich dicht hinter ihm. So bildeten sie eine geschlossene Gruppe.

Nur noch wenige Polen leisteten im Saale Widerstand. Was nicht auf dem Boden lag, war geflohen. — —

Lohmann und Röhrig hatten sich vor die zitternden Frauen der deutschen Bauern gestellt. Der Gemeindevorsteher war auch jetzt noch so viel Beamter, daß er sich keine gesetzwidrige Handlung zuschulden kommen lassen wollte. Der Lehrer aber empfand es schmerzlich, sich am Kampfe nicht beteiligen zu können. Erna klammerte sich an ihn.

Auch Karl hatte sich an der Rauferei nicht beteiligt. Er hatte Lisbeth und ihre Mutter in Sicherheit gebracht.

Nun stand er mit stolzblitzenden Augen und geröteten Wangen und sah seinem Vater zu, der im Kampfeszorn einem Recken altgermanischer Vorzeit glich. In der Hand hielt er seine Pistole schußbereit.

Schon flohen die Letzten aus dem Saal, da sah er in der Tür Männer mit Gewehren. Die warteten scheinbar auf den Augenblick, wo die Polen den Saal vollkommen geräumt haben würden, um die Deutschen niederzuschießen.

Da hob Karl die Pistole, zielte sorgfältig, und als sein Schuß krachte, flogen von dem Kronleuchter die Splitter klirrend umher. Im Saal ward's dunkel.

Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge.

Deutscher Soldatenfriedhof in Witkowice (Wojewodschaft Lodz).

Mit einem Schlage verstummte der Lärm. Die letzten Gegner liefen, ohne sich umzusehen, davon.

Da gewahrte auch Grusko die Männer in der Tür, die nun im Lichtschein standen, der aus der Gaststube herüberleuchtete.

„Los, Leute," schrie er, „durch die Fenster! Faßt die Mörder von hinten! Nehmt ihnen die Gewehre und schlagt sie damit über den Schädel. Das sind Warschauer Lumpen!"

Die Fremden warteten die Ausführung dieses Befehls nicht ab, sondern rissen augenblicklich aus.

Es wurde stille im Saal. Nur die Verletzten stöhnten und jammerten. Die Frauen suchten ihre Männer, die Mädchen ihre Liebsten.

Grusko aber stürzte sich, wütend über den bewaffneten Überfall, durch den Flur in Soykas Stube. Dieser kniete jammernd und betend vor der Mutter Gottes.

„Wo ist mein Stutzen?" schnaufte er ihn an. Zitternd reichte ihm der Wirt die Waffe. Grusko lud sie und kletterte durch das Fenster auf den Hof hinaus. Einen Augenblick später hörte man den scharfen, offenen Knall der kurzrohrigen Waffe.

„Warum ließest du deinen Vater hinaus?" fragte Lisbeth Karl. „Sie werden ihn draußen umbringen."

Karl war bis in die Lippen erblaßt. „So habe ich ihn noch nicht gesehen. Der läßt sich jetzt nicht mehr halten."

Trotz Wimmern und Stöhnen wagte niemand Licht zu machen aus Furcht, die Fremden könnten durch die Fenster hineinschießen.

Es verstrichen bange Minuten, bis Grusko wiederkam und befahl: „Macht Licht, Leute, und die Läden zu. Die Bande ist fortgelaufen."

Karl kam ihm entgegen: „Laß es genug sein, Vater. Ich danke dir für deine heutige Tat im Namen des A. O. K. Heimatschutz Ost. Nun wissen wir genau, wie wir dran sind." — —

Wieder sammelten sich draußen Menschen an. Aber diesmal nicht in feindlicher Absicht, sondern um ihre verletzten Anverwandten und Freunde zu holen.

Der Bauer Klaus war tot. Mehrere waren erheblich durch Messer und Pistolenkugeln verwundet. Der Tanzboden troff von Blut.

Die Tische und Stühle waren zerbrochen. Die Fenster in allen Gastzimmern zertrümmert. Zerschmetterte Gläser, Flaschen und anderes Geschirr, Schlipse, abgerissene Kleiderfetzen, Mützen und Halstücher lagen umher. Jetzt wagte sich auch Soyka hervor.

Der erste, den er traf, war Woitech Schmiercz. „Na, wie gefällt dir nun das Geschäft, Kollege?" grinste ihn der Konkurrent höhnisch an.

Da konnte Soyka sich nicht beherrschen. Er schluchzte laut auf und verabreichte dem gehässigen Nachbar eine schallende Ohrfeige.

Nadzinskis Fuhrwerk fuhr vor. Man lud den Edelmann, der noch immer taumelig war, hinein. Wilhelm half höflich, die Damen zu verfrachten.

Als er später selbst anspannte, sagte zu ihm der übelgeschundene Murrek, der ebenfalls um sein Gefährt bemüht war: „Ich hätt' an deiner Stelle mich schwer gehütet, der Bande in den Wagen zu helfen."

„Ick hatte so meine Absicht dabei", grinste Wilhelm und schielte aus dem unverschwollenen Auge umher, ob ihn auch niemand höre. „Hast du gesehen, wie hübsch die Cousine Nadzinskis aussah?"

Murrek nickte melancholisch. Er hatte für weibliche Schönheiten keinen Sinn mehr.

***) Allen neu hinzugetretenen Beziehern wird auf Wunsch der Anfang dieses Romans, soweit der Vorrat reicht, bei Abholung kostenlos nachgeliefert, nach auswärts mit der Post gegen Einsendung von 20 Pf. zugesandt.**

„Na also," sagte Wilhelm, „und da wullt ick mit ihr danzen. Do sagte de Kanaille to mi: ‚Mit Deutschen tanze ich nicht.' Nu, wie ick ihr in die Kalesch half, habe ick sie noch fest gekniffen. Sie war aber sehr zerstreut und sagte nur: ‚Danke schön.'"

Pettelkau ließ nicht eher ab, als bis Grusko und Karl mit ihm nach Hause fuhren. „Ich bin ein bißchen aufgeregt, Nachbarchen," sagte er, „da wollen wir lieber noch einen Grog trinken, bevor wir in die Klappe steigen."

Zum jammernden Soyka sagte er: „Seien Sie man still, wenn keiner für das bißchen Schaden aufkommt, bezahl ich den Schlamassel."

VII.

Wie Pettelkau vorausgesehen hatte, kam es. Niemand hatte an diesem großen Tage Lust, schlafen zu gehen. Selbst Lohmann mochte nicht allein sein. War es doch ein Volksentscheid im engsten Sinne des Wortes, der zugunsten des kraftvollen deutschen Elementes gesprochen hatte. Die Folgen waren unabsehbar.

Er war über diesen Sieg derart freudig erregt, daß er sich in Zukunftsträumen zu wiegen begann. Überall würde das Deutschtum in derselben Weise auftreten, den Polen an die Wand drücken und dem schwer ringenden Vaterlande die Hilfe von einst dadurch vergelten, daß es ihm frische, auf Kolonisationsboden gewachsene Kräfte zur Verfügung stellte.

Der Lehrer Röhrich dämpfte seine Freude: „Ach, wenn wir in jedem Kreise dieser unglückseligen Provinz nur einen Grusko hätten!"

„Sie meinen, daß der deutschen Gegenwehr die Führer fehlen?"

„Nicht nur das. Die Führer würden das Land wohl so lange halten können, bis Berlin aufwacht. Aber ich fürchte, es wird nicht mehr aufwachen. Es steht unter dem Druck der Franzosen und starrt chloroformiert auf die ‚Internationale'. Die Kraft aber, uns als selbständiger Staat aus uns zu behaupten, fehlt."

Lohmann verstummte. Da überholte ihn Pettelkaus Wagen.

„Wie ist's mit einem Tulpchen Grog, Nachbarchen?" schrie ihm der Müller zu.

„Meinetwegen", war die Antwort.

Wilhelm hielt vor dem Müllerhause.

So war denn der Kern der Deutschen in der Wohnstube des Müllerhauses versammelt.

Der Hausherr verband sich zunächst einen Messerstich, der ihm die Brust geritzt hatte. Grusko aber mußte seinen linken Unterarm in eine Binde legen, weil ihn eine Pistolenkugel durchschlagen hatte. Zum Glück war es ein ungefährlicher Fleischschuß. Ein- und Ausschuß waren winzig klein. Blaue Ränder zogen sich um die Wunden.

Er lachte, als Röhrich ihm riet, das verletzte Glied überhaupt nicht zu bewegen. „Morgen ist große Stille im ganzen Dorf. Wird wohl jeder sein Päckchen heimgebracht haben. Selbst Knoks hat ein Loch im Kopf. Aber wie ich Friedrich kenne, wird er sich nicht viel daraus machen. Jetzt werden sie das Maul halten, wenn Radzinski zu krakeelen anfängt."

Lohmann schlug vor, sofort nach Berlin und an das A. O. K. Berichte über den Vorfall zu schicken, mit der Bitte, den Ort militärisch zu besetzen, falls man ähnliche oder schlimmere Unruhen vermeiden wolle. Es bestände nun die Möglichkeit, daß die Provinz ebenfalls zu schärferen Maßnahmen greifen würde, derartige Auftritte zu verhindern.

„Vielleicht durch den Landrat?" fragte Grusko lauernd.

„Ich habe den Bericht über die Vorfälle im Forsthause noch nicht abgeschickt, weil mir immer noch dein furchtbares Wort, was du damals sagtest, nicht aus dem Sinn will. Was meintest du eigentlich damit?"

„Daß der Herr Landrat der Mittelpunkt der polnischen Treibereien in unserem Kreise ist. Der polnische Bauer und Arbeiter sind ganz ungefährlich. Das sind einfache hilflose Menschen. Sie schreien das, was man ihnen vorsagt. Sie sind roh und gewalttätig, wenn sie es sich erlauben können. Aber meistens haben sie das Herz in den Hosen."

„Das wirst ja morgen sehen, wenn das Ergebnis der Prügelei sich zeigt. Heute abend hast du es auch gemerkt, als die Leute nicht wußten, für wen und warum sie sich prügelten.

Die Verräter sitzen oben. Der deutsche Staat hat eine Dummheit gemacht, als er Polen zu öffentlichen Ämtern zuließ. Von der einen Seite unterstützt er die deutsche Einwanderung und den Ostmarkenverein, während er durch die Besetzung der Dienststellen durch Polen das Gegengewicht zu seinen Maßnahmen schuf.

Du meinst, Ludwig, daß ich an Radzinskis Stelle Amtsvorsteher hätte werden sollen, weil dieses Amt stets auf Grudzisko lag; ich habe gedankt. Man wählte mich in den Kreistag, ich ging nicht hin. Ich sollte Kirchenältester werden, aber ich rührte keinen Finger. Nur die Stelle als Schulvorstand habe ich angenommen, damit der deutsche Lehrer Schutz haben sollte vor den polnischen Schikanen.

Das alles tat ich nicht ohne Absicht. Ich konnte es nicht sehen, daß Deutschland seine Todfeinde sich mit viel Mühe heranzog. Sie bildeten sich ein, in einem Polen, der als Rechtsanwalt Deutsch sprach, einen Deutschen zu haben, in einem Arzt, der an einem deutschen Lazarett tätig war, einen Patrioten zu finden.

Nun sehen wir, was daraus geworden ist. Alle die Lumpen, die ihre Bildung und Erziehung dem preußischen Staat verdanken, wenden ihren Verstand dazu an, gegen den eigenen Wohltäter zu meutern. Wenn es keine deutschen Schulen gegeben hätte, würde der gottverfluchte Korfanty irgendwo in Polen Schweine hüten. Unser Landrat hat nur darum in Berlin studiert, um sich die Waffen zu holen, gegen unser Vaterland zu kämpfen. Sobald du ihm etwas mitteilst, wird er es gegen dich benutzen. Wir sind allein. Du siehst an dem Förster und dem Lehrer, daß sie jede Gelegenheit benutzen, die treugesinnten Beamten zu verjagen."

„Woher weißt du das?"

„Ein preußischer Landrat sollte ein Verräter sein?" fragte Röhrich ungläubig.

„Ich bin Zeuge, das muß zunächst genügen", war die gereizte Antwort des Alten.

Lohmann trat an das Fenster und trommelte erregt mit den Fingern an die Scheiben.

Seinem einfachen, ehrlichen Sinn wollte das Ungeheuerliche nicht eingehen. Und doch hatte sein Glaube an Gerechtigkeit einen empfindlichen Stoß erlitten; denn der Alte dort flunkerte nicht. Der Boden, auf dem er als Preuße Zeit seines Lebens gestanden hatte, begann zu wanken. Wenn er aber überhaupt nicht mehr war, was dann?

Lisbeth brachte den Grog. Ein Mädchen richtete indessen kalten Imbiß zu. Frau Pettelkau war zusammengebrochen. Sie gehörte zu jenen Naturen, die schwer einen Entschluß fassen können. Wenn sie sich ihn aber zu eigen gemacht haben, mit ihm selbst zerbrechen.

Als der Kazapp den Edelmann in den Saal schleuderte, hielt sie den Alten für einen ausgemachten Rohling, der sich an einem Unschuldsengel vergriffen hatte. Erst der weitere Verlauf der Rauferei, das wüste Geschrei: Noch ist Polen nicht verloren, vor allem aber, daß die Fremden Messer und Pistolen brauchten, erweckte in ihrem Herzen Zweifel an der gerechten Sache Radzinskis.

Vollends umgeworfen aber wurde ihr Entschluß erst durch die Beteiligung ihres Mannes. Als sie sah, daß ein Pole sein Messer in die Brust ihres Mannes senkte, sagte sie sich völlig von Radzinski los. Ihre Vorliebe für ihn schwemmte die zitternde Angst um das Leben ihres Mannes hinweg.

Sie litt unter dem plötzlichen Umschwung der Verhältnisse. Auf dem Heimwege hatte sie kein Wort gesprochen. Erst als sie den Mantel ablegte, sagte sie: „Lischen, mir ist schlecht. Hilf mir ins Bett."

Ihr Mann bekümmerte sich liebevoll um sie. Aber sie konnte seinen blutigen Rock nicht sehen, ohne an die furchtbare Szene im Dorfkrug erinnert zu werden. Weinend vergrub sie ihr Gesicht in die Kissen.

Der Imbiß kam. Niemand der Herren griff zu. Allein der Grog belebte etwas die erschöpften Nerven.

Lohmann stand noch immer am Fenster. Er war mit sich selbst nicht im reinen.

Grusko stellte seinen Sohn Karl: „Du mußt noch heute fort, mein Jung; denn morgen könnte es zu spät sein."

Karl biß sich auf die Lippen und schwieg.

„Du weißt nicht, was du tust", drängte der Alte. „Jede Verzögerung bringt Gefahr. Ich habe dir bereits erzählt, daß der Pole mit einer heimlichen Front das Korps in Bromberg eingekreist hat. Am 3. Dezember kommt der Teilgebietslandtag zustande. Dann ist die Bande selbständig. Für diesen Tag haben sie Truppen aufgestellt. Sobald sie nun die Nachricht erhalten, daß ein preußischer Offizier hier ist, werden sie ihm sofort den Rückzug verlegen. Du kommst dann zu deinem Regiment nicht mehr zurück."

Noch immer schwieg Karl.

„Sie werden dich verfolgen", sagte der Alte mit einer Stimme, als würge ihm etwas im Halse.

„Und Lisbeth?"

„Ich werde sie beschützen."

„Das hilft mir nichts, Vater, ich muß wissen, ob sie mich noch liebt. Mein Leben hängt davon ab."

„Dummer Jung", schnaufte Grusko grimmig. „Was du wissen willst, kann ein Blinder mit dem Stock fühlen. Übrigens nehme ich Radzinski auf mich."

„Tu das nicht, Vater", bat Karl angstvoll. „Du nimmst ihr die Gelegenheit, sich frei zu entscheiden. Ich will nicht, daß ein Zwang auf sie ausgeübt wird."

Der Alte nahm seine Hand: „Mein liebes Jungchen, für feine Gefühle ist jetzt keine Zeit. Die Hauptsache ist, daß sie in Sicherheit gebracht wird. Haben wir heute darum unser Blut vergossen, daß du uns einen Strich durch die Rechnung machst?"

Karl schwankte: „So laß mich zuvor mit Lisbeth sprechen. Ich muß klar sehen."

Schon glaubte Grusko sein Spiel gewonnen zu haben, da stellte es sich heraus, daß Lisbeth verschwunden war.

Sie hatte die erregte Auseinandersetzung zwischen Vater und Sohn mit steigender Spannung verfolgt. Nur hin und wieder vermochte sie ein Wort des Alten zu verstehen. Sie merkte, daß von ihr und Radzinski die Rede war und daß der Alte seinen Sohn möglichst schnell weg haben wollte.

Sie fürchtete, daß man ihre Neigung zu dem polnischen Edelmann öffentlich erörtern könnte. Sie schämte sich, obwohl sie nicht recht wußte, warum.

Noch mehr aber fürchtete sie eine Aussprache mit Karl. Sie fürchtete sein Gesicht mit den bleichen, schmerzdurchwühlten Zügen. Wie seine Augen sich hüteten, die ihren zu treffen, glaubte sie, daß er ihr die Verirrung nie mehr verzeihen würde.

Das Bild Radzinskis war in ihrem Herzen ausgelöscht, als hätte es niemals darin einen Platz gehabt. Als das Lachen, der Frohsinn und der Tanz im Blute erstickt wurden, verschwand auch der Träger der Lust, der ihr diese leichte Welt so begehrlich gemacht hatte. Mit dem finsteren Ernst, der aus dem rauchenden Blute aufstand, erhob sich Karls Gestalt.

(Fortsetzung folgt.)

Zum Volkstrauertag.

Von **Adolf Stephan,** Mitglied des Bundespräsidiums des Deutschen Ostbundes.

Wie ein Geisterruf steigt es auf von den blutgetränkten Gefilden, von jenen Wäldern des Todes, die reicher sind an Leichen als an Bäumen, von den blutbetauten Hügeln der Vogesen und Karpathen, aus den Tiefen der Weltmeere; wie ein Geisterruf rauscht es durch die deutschen Lande: „Vergeßt eure Toten nicht! Für euch haben sie den Kriegstod erlitten in Ruhm und Ehren; überantwortet sie nicht dem ehrlosen Tode der Vergessenheit, es würde euch zur Schande gereichen! Lasset ihr Andenken nicht sterben! Verewigt es nicht nur in toten Steinen und kalten Erzen, sondern vor allem in lebendigen, warmen Herzen, in denen es aufgehen, blühen und Frucht bringen kann!“

Wir wollen sprechen vom deutschen Soldaten. Deutschland hat im Weltkriege fast zwei Millionen an Männern verloren, die in der Vollkraft ihrer Jahre hinauszogen und die Heimat nicht wiedersahen. Dazu kommen vier Millionen, die verwundet aus dem großen Ringen der Völker in die gänzlich veränderten Verhältnisse der Heimat zurückkehrten. Das sind die deutschen Blutopfer des Weltkrieges.

Und ein anderes: Die Jugend, die heut allmählich an die Stelle des Frontgeschlechts tritt, war bei Kriegsausbruch 6 bis 10 Jahre alt, verbrachte ihre Entwicklungsjahre in den durch Umsturz und Inflation zerrütteten Nachkriegsjahren, hat das Kriegserleben der Väter und Brüder nur in einzelnen persönlichen Bildern vor Augen.

Diese Tatsachen wollen bedacht sein, wenn man die richtige Stellung zum Volkstrauertag finden will. Was ist nun ein Volkstrauertag? Ist es nur Erinnerung mit Kirchgang und feierlichen Aufzügen, mit Kranzniederlegung und dem Lied vom gefallenen Kameraden? Vielen Kreisen in unserem Volke ist er sicher viel mehr als eine schöne Geste. Aber bedeutet Volkstrauertag für alle diejenigen, die selbst in Stahlgewittern gestanden haben und mit dem Tode auf du und du verkehrten, oder für die, denen der Verlust lieber Angehöriger persönliches Leid brachte, nicht unendlich viel mehr? Steigt nicht an einem solchen Tage des Gedenkens das Bild des deutschen Soldaten wieder in der Erinnerung auf, des Soldaten, der in hoher Begeisterung hinauszog und in der Hölle der Materialschlachten den Gedanken der Pflicht über alles stellte, und den die zermürbte Heimat am Kriegsende nicht mehr begriff? Der Volkstrauertag soll diesen deutschen Soldaten dem deutschen Volke näher bringen. Wie zeichnet sich uns das Bild dieses deutschen Soldaten, wenn wir ihn rückerinnernd vor uns sehen? Ist es nur der einzelne Mensch? Oder ist er trotz allem, was heute gegen den Frontgeist gesagt wird, der Träger einer sittlichen Idee? Blieb der deutsche Soldat in den Kriegsjahren 1914 bis 1918 sich immer gleich?

Wie war es 1914? Begeisterung und Vaterlandsliebe trieben die Alten und die Jungen zu den Waffen. Das Vaterland war bedroht, die Heimat galt es zu schützen. Innere Gegensätze waren verschwunden. Der Arbeiter stand neben dem Akademiker, der Techniker neben dem Gelehrten, der Offizier neben dem Mann als treuer Kamerad. So sah das erste Kriegsjahr aus. Und dann kamen die langjährigen Stellungskämpfe, die Begeisterung erlosch, das Leben an der Front wurde zur qualvollen Pflicht. Der Mensch wurde erdrückt durch das Material. Die Sommeschlacht, die Hölle von Verdun und die zermürbenden Kämpfe in den Granattrichtern Flanderns bezeichnen diese Epoche. So war es 1915/16.

Und dann kam der Umschwung. Viele von dem neuen Ersatz, der aus der Heimat kam und die Entbehrungen der Hungerblockade schon erduldet hatte, waren dem Frontkämpfer der ersten Kriegsjahre Menschen aus einer andern Welt. Sie hatten andere Gedanken, andere Empfindungen. Die Selbstverständlichkeit der Hingabe für das Vaterland wandelte sich zum Stumpfsinn; die Heimat verlor den Kontakt mit den Brüdern im feldgrauen Rock. So war es in den letzten Kriegsjahren. Aber wenn es auch bitter sein mag, an die Zustände, die sich daraus entwickelten, zu denken, so leuchtet doch auch in dieser letzten Epoche des gewaltigen Völkerringens der helle Stern der Kameradschaft zwischen Landwehrmann und Ersatzrekrut hinein in das Dunkel der Front. Denn unter dem Donnern der Geschütze und unter dem Toben der Kämpfe ordneten sich die Jungen ein in das Leben der Alten. Der Frontgeist ergriff auch sie, und so stand das deutsche Heer bis in die letzten Tage des Weltkrieges, ausharrend, wohl geschwächt, aber nicht besiegt.

Ein verweichlichtes Geschlecht unserer Tage hat die Frage aufgeworfen, ob das Sterben des deutschen Soldaten sinnvoll oder sinnlos gewesen sei. Man sucht unter Hinweis auf alle Greuel des Krieges zu beweisen, daß dieses Sterben nichts weiter als ein Menschenschlachten im Interesse der Provitgier einzelner gewesen ist.

So wollen wir nicht rechnen. Uns, die wir jung geblieben sind in unserer Seele, sind Vaterlandsliebe, Pflichterfüllung, Kameradschaft keine leeren Phrasen. Uns sind sie Bausteine für das Denkmal des deutschen Soldaten. Der deutsche Soldat soll unserer Jugend als Siegfriedsgestalt vor Augen stehen.

Wer singt das Lied des deutschen Soldaten?

Nicht die Heeresberichte, die in Verlegenheit gerieten, woher sie neue Worte des Lobes und der Huldigung nehmen sollten; nicht die Orden, mit denen man überlebende freigiebig und der Reihe nach geschmückt; nicht die Denkmäler, die man den Toten daheim errichtet. Es ist eine ganz stille, ganz verschwiegene Angelegenheit des Herzens, ein Verneigen, eine wehmütige Trauer, ein Zähnezusammenbeißen — — und ein Gebet.

Ein Gebet des Dankes und zugleich ein Schrei aus der tiefen Not des deutschen Volkes. So wollen wir Volkstrauertag feiern.

*

Gruß und Dank den Ungekannten.

Ich trat vor ein Soldatengrab
Und sprach zur Erde tief hinab:
„Mein stiller grauer Bruder du,
Das Danken läßt uns keine Ruh.
Ein Volk in toter Helden Schuld
Brennt tief in Dankes Ungeduld.
Daß ich die Hand noch rühren kann,
Das dank ich dir, du stiller Mann.
Wie rühr ich sie dir recht zum Preis?
Gib Antwort, Bruder, daß ich's weiß!
Willst du ein Bild von Erz und Stein?
Willst einen grünen Heldenhain?“

Und alsobald aus Grabesgrund
Ward mir des Bruders Antwort kund:
„Wir sanken hin für Deutschlands Glanz.
Blüh', Deutschland, uns als Totenkranz!
Der Bruder, der den Acker pflügt,
Ist mir ein Denkmal, wohlgefügt.
Die Mutter, die ihr Kindlein hegt,
Ein Bäumlein überm Grab mir pflegt.
Die Büblein schlank, die Dirnlein rank
Blüh'n mir als Totengärtlein Dank.
Blüh', Deutschland, überm Grabe mein,
Jung, stark und schön als Heldenhain!“

Walter Flex.

Ostmärkers Volkstrauertag.

Von Pfarrer **E. Pelz,**
Vorsitzendem der Ortsgruppe Kassel des Deutschen Ostbundes.

Zwei Millionen Männer und Jünglinge aller Volksstämme und Kreise gingen in den Heldentod und ruhen nun draußen in aller Welt und zum geringen Teile auch in heimatlicher Erde. Nirgends aber hat im Weltkriege außer in Elsaß-Lothringen Heimaterde deutscher Söhne Blut getrunken wie in der Ostmark. Darum ist uns Ostmärkern die Ostmark so besonders heilig, darum begehen wir auch mit ganz besonderem Verständnis die Feier des Volkstrauertages. Wir gedenken dabei wohl in erster Linie der Helden, die im heutigen Polen ihr Herzblut vergossen haben und deren Grabstätten leider auch heute noch — polnischen Hasses wegen — am allermeisten der Pflege entbehren. Wir gedenken ganz besonders der Retter Ostpreußens, die durch ihren Tod nicht nur die heutige deutsche Ostmark und auch die an Polen verlorenen Gebiete, sondern vor allen Dingen das ganze deutsche Vaterland vor dem völligen Ruin bewahrten. Und wir gedenken endlich jener Grenzschutzhelden, die unsere Ostmark und unser Vaterland noch n a ch Abschluß des eigentlichen Krieges vor polnischer Raubgier bewahrten und ihm das schon im Sommer 1914 drohende Schicksal ersparten.

Wir wollen uns aber der Heldentaten unserer Gefallenen nicht nur in Dankbarkeit erinnern, sondern wir wollen doch nun auch bemüht sein, sinngemäß ihrem Beispiel an unserem Teil nachzuleben. Sie setzten mit ihrem Blut und Leben alles ein, was sie besaßen, nur um die teuere Heimaterde zu retten. Erweisen wir uns dieser hohen Opfertat würdig? Nur dann begehen wir den Volkstrauertag doch wohl recht, wenn auch uns Vaterland und Heimat über alles gehen und wenn wir unsere persönlichen Anschauungen, Wünsche und Interessen zurückstellen können, wenn und wo es um die Sache der Heimat geht. Nur dann ist unsere Trauer echt und von Bedeutung, nur dann ist deutsches Blut auch i m Osten und f ü r den deutschen Osten auf die Dauer nicht umsonst geflossen, wenn wir nun fortan bemüht sind, das uns teuer Erworbene zu halten und das uns trotz aller Opfer wieder Verlorene zurückzugewinnen, um es zu besitzen.

So mag auch uns Ostmärkern der Volkstrauertag wieder eine ernste Mahnung sein, unserem Ostbundgrundsatze schon der gefallenen Helden wegen die Treue auch in der Zukunft nicht zu versagen: „Was wir verloren haben, darf nicht verloren sein.“ — Der Deutschen Kriegsgräberfürsorge*) aber wollen auch wir an unserem Teil nach Kräften helfen, die Heldengräber zu erhalten, die das Liebste bergen, was wir dahinzugeben hatten. „Vergeßt die teuren Toten nicht!“

*) Die Anschrift des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge lautet: Berlin W 15, Brandenburgische Straße 27. Auskünfte über deutsche Kriegergräber — auch in Polen — sind von dort einzuholen.

Sturm über Gräbern in Polen.

Es weht ein Sturm aus West, aus West,
Heimatwind, Gotteswind,
Der Kreuz und Kranz erbeben läßt,
Wo er ein Grab in Polen find't.
Es klagt und klagt der Sturm aus West:
Weh' deutscher Erde Kind!
Was hält dich Polens Erde fest?
Die deutsche Erde kühlt so lind,
Dich kühlt sie nicht!

Der Sturm aus Westen klingt und klagt:
Hätt' ich Kraft, hätt' ich Kraft,
Ich hätte wie eine Kindesmagd
Dich längst in meinen Arm gerafft!
Kann's nicht, kann's nicht, Gott sei's geklagt!
Hätt' ich Kraft, hätt' ich Kraft,
Ich hätte euch auf nächtiger Jagd
Eine Handvoll Heimaterde geschafft
Zu Kranz und Grab!

Es fährt ein Sturm aus Ost, aus Ost,
Gräberwind, Gotteswind:
Du liebe Heimat, sei getrost!
Wir bleiben deiner Erde Kind . . .
Von allen Gräbern weht's aus Ost:
Erde ist immer lind.
Erde, aus Heimaterde entsproßt,
Wir selbst nur Heimaterde sind,
Fürchtet euch nicht!

Walter Flex.

Ostmärkisches Allerlei.

Mohammedanische Siedlungspläne in Posen.

Es hätte leicht sein können, daß es heute in der Provinz Posen eine mohammedanische Minderheit gäbe. Das hätte sein können, wenn der kurios anmutende mohammedanische Siedlungsplan des Alten Fritzen nicht stecken geblieben wäre. In der Tat hatte er, was in der üblichen Siedlungsgeschichte der Provinz Posen nicht verzeichnet steht, derartige Absichten. Fritz Kempft gibt in einer Abhandlung den diesbezüglichen Schriftwechsel und die Kabinettsordre an. Am 13. August 1775 schreibt der König an Voltaire, daß er mit tausend mohammedanischen Familien in Verbindung stehe, sie an der Ostgrenze seines Landes anzusiedeln. Er werde ihnen Wohnungen und Moscheen bauen. „Wir werden dann religiöse Abwaschungen haben und Illih Allah singen hören, ohne uns darüber zu ärgern.“ Alsdann geben mehrere Kabinettsordres darüber Auskunft, daß der König die Kujawische Gegend bei Inowraclaw für die Muselmänner ausersehen hatte. Am 12. Juni 1759 schon hatte er von Marienwerder an den Kammerdirektor von Gaudi geschrieben:

„Bei Inowraclaw und der Gegend gibt es viele Moräste und andere Plätze, wo sich viele Ökonomie anbringen läßt, wenn solche urbar gemacht und Kolonisten darauf angesetzt werden und weil es dort an Menschen fehlt, so wäre es Mir schon recht, wenn sich die jetzt an der polnischen Grenze aufhaltenden Tataren in den Gegenden in Meinem Lande niederlassen wollten. Ich wollte solche in Kriegszeiten als Soldaten gebrauchen, und in Friedenszeiten sollten sie ruhig bei den Ihrigen zuhause gelassen werden. Ihr habt Euch demnach alle Mühe zu geben, wie Ihr solche einziehet. Ich will ihnen Moscheen auch bauen, ihnen allen Schutz angedeihen lassen und sie überhaupt wie Meine übrigen Untertanen behandeln.“

Einen Monat später — am 5. Juli — bringt der König, nach Potsdam zurückgekehrt, die Angelegenheit wieder zur Sprache. Er antwortet dem Kammerdirektor von Gaudi auf einen die Urbarmachung der Sümpfe in Kujawien zum Gegenstand habenden Bericht: „Ich habe Euch auf Euren Bericht vom 1. dieses wegen der bei Inowraclaw und beim Goplosee urbar zu machenden und mit Kolonisten zu besetzenden Plätze hindurch bekanntmachen wollen, wie meine Intention eigentlich dahin geht, in den Gegenden an dem Goplosee herum, insoweit solcher abzulassen und die Moräste auszutrocknen möglich, die türkischen Tataren, so sich an den polnischen Grenzen aufhalten, anzusetzen, sowie Ich Euch solches bereits unterm 7. Juni zu erkennen gegeben habe; dagegen an der Netze herum nur lauter Teutsche angesetzt werden sollen, wonach Ihr dann Eure Anstalten machen werdet.“

Später ist von dieser Ansiedlung „mohammedanischer Tataren“ nicht mehr die Rede. Das Projekt muß sich zerschlagen haben. Aber „Salem Aleikum!“ (Friede sei mit Euch) wäre ein schöner Gruß für die Minderheiten in einem Landstriche in dem einst ein König regierte, der den Grundsatz hatte: „In meinem Staate leben alle Seelengemeinschaften in Frieden und tragen gleichmäßig zum Glück des Staates bei. Falscher Eifer entvölkert die Landschaft, aber Duldung ist eine zärtliche Mutter, welche sie pflegt und zur Blüte bringt.“

600jähriges Jubiläum der Stadt Tütz.

Die kreiszugehörige, jetzt rund 3000 Einwohner zählende Stadt Tütz kann am 24. Februar d. J. ihr 600jähriges Stadtjubiläum feiern. Das Tützer Stadtprivileg trägt nämlich das Datum vom 24. Februar 1331. Die 600-Jahrfeier von Tütz soll im kommenden Sommer in schlichter Form, der Not der Zeit entsprechend, begangen werden.

Tütz ist eine der ältesten Städte der Grenzmark Posen-Westpreußen, geht doch ihr Ursprung bereits in die heidnische Zeit zurück. Man nimmt an, daß das Christentum im Jahre 1065 eingeführt wurde, denn diese Jahreszahl war noch vor einer Reihe von Jahren an der Ostseite der katholischen Kirche deutlich sichtbar. Schon kurz nach der Gründung der Stadt gelangte diese in die Hände der Familie von Wedell, worauf auch das älteste, noch vorhandene Schriftstück aus dem Jahre 1306 hinweist. Die Wedells sind auch in der polnischen Zeit weiter Grundherren von Tütz geblieben und haben das noch heute stehende, imposante Schloß (siehe Titelbild „Ostland“ Nr. 38 vom 19. September 1930) erbauen lassen. Die Geschichte der Stadt Tütz ist sehr wechselvoll gewesen. Mit der 1364 erfolgten Plünderung durch die Polen brach das erste Unglück über die damals noch junge Stadt herein. Stark zu leiden hatte dann Tütz nach dem Niedergang des Deutschritterordens, zu dem es treu gehalten hatte. 100 Jahre danach setzte schließlich eine vollkommene Verarmung und Entvölkerung der ganzen Tützer Gegend ein. Als gerade wieder Ansätze zu einer Erholung einsetzten, hielt die verheerende Pest ihren Einzug, der annähernd 500 Menschen zum Opfer fielen. In der Folgezeit wurde die Stadt fast alle 100 Jahre von riesigen Bränden heimgesucht. So wurden 1581 fast sämtliche Gebäude eingeäschert. Kaum war dieser Schrecken vergessen, da legte 1640 ein neues Großfeuer wiederum fast ganz Tütz in Asche. Nicht genug damit, wiederholten sich derart verheerende Feuersbrünste im Jahre 1740 und zuletzt 1834. Unter diesen unglücklichen Verhältnissen konnte sich das aufstrebende Gemeinwesen nur langsam entwickeln. Es behielt daher noch lange Zeit rein dörflichen Charakter. 1875 wurden erst 1264 Einwohner gezählt, um die Jahrhundertwende 2100 Seelen.

Neubentschen — eine Gemeinde ohne Parteihader.

Da alle Anzeichen darauf hindeuten, daß in nächster Zeit die Bildung der politischen Gemeinde Neubentschen vor sich gehen wird, haben alle Neubentschener Berufsorganisationen beschlossen, für die bei der Bildung der politischen Gemeinde notwendigen Wahlen eine gemeinsame Liste aufzustellen. Damit soll vorweg jeder parteipolitischen und konfessionellen Aufteilung der Bevölkerung vorgebeugt werden. Neubentschen dürfte auch, trotzdem die Siedlung schon seit elf Jahren besteht, der einzige Ort in Deutschland sein, in dem noch keine parteipolitische Wahlversammlung stattgefunden hat. Der einzige Saal, der für Abhaltung solcher Versammlungen in Frage kommen würde, — eine Saalgastwirtschaft gibt es in dem fast 2000 Seelen zählenden Orte nicht — wäre die Turnhalle, in der aber keine politischen Versammlungen stattfinden dürfen. Ein weiteres Kuriosum besteht in der Tatsache, daß es in Neubentschen keine Ortsgruppe irgendeines politischen Kampfverbandes gibt. Die Ortsgruppe des Deutschen Ostbundes in Neubentschen entwickelt sich erfreulich und steht in gutem Ansehen.

Polnische „Lyrik“.

Unter der Überschrift „Treviranus-Vampiranus“ bringt der Krakauer „Illustr. Kurj. Codz.“ die Mitteilung, daß in Posen im Verlag W. Guzinski ein vom Verleger höchstselbst komponierter Marsch erschienen ist, und gibt einen Teil des von anderer Seite dazu „gedichteten“ Textes wieder. Er lautet in der Übersetzung wie folgt:

„Du Brandenburger Pantoffelheld,
Nimm die Klauen weg.
Denn an der Schwelle und am Altar
Erwartet dich das Schwert!
Weg von Polen, du Rowdy.
Denn des Volkes Zorn dich sonst erreicht
Und dir das Maul gewaschen wird,
Schurke, du Hundeseele!
Treviranus-Vampiranus,
Idiotanus und Lumpanus,
Kannst bekommen Maul-Wascheranus,
Treviranus-Vampiranus
Dummerjanus!“

Das Krakauer Regierungsblatt ist über diese „künstlerische“ Leistung erfreut und meint: „Wenn die Deutschen von dieser Verlagserscheinung erfahren, werden sie zweifellos vor Wut schäumen. Man muß nämlich zugeben, daß der Verfasser zu ihnen in einer Sprache gesprochen hat, die nicht mißzuverstehen ist.“ — Zum Lachen!

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau. — Verlag: Deutscher Ostbund E.V., Berlin. Einsendungen an die Schriftleitung, Berlin-Charlottenburg 2, Hardenbergstr. 43 (Fernruf Steinplatz 8031). — Druck: Hempel & Co. G. m. b. H., Berlin SW 68.